

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Allgemeines Stimmrecht für das preussische Abgeordnetenhaus.

Vor einigen Jahren fanden sich oftmals Petitionen im preussischen Abgeordnetenhaus vor, welche die Aufhebung der Dreiklassenwahlen und die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts forderten. Diese Petitionen kamen meist aus ultramontanen Kreisen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Motive ganz lauter waren, oder ob die katholischen Priester hofften, an der Hand des allgemeinen Wahlrechts ihre Herde noch besser regieren zu können.

Die Motive sind übrigens auch gleichgiltig, die Forderung ist eine demokratische.

Am 26. November 1883 brachte nun auch der demokratische Vertreter von Frankfurt a. M., Dr. Stern, im Abgeordnetenhaus den Antrag ein auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts bei Staats- und Gemeindevahlen. Der Minister von Bülow widerstand auf das Heftigste, obwohl Fürst Bismarck früher einmal das Dreiklassenwahlrecht das elendeste aller Wahlrechte genannt hatte. Die Konservativen und National-Liberalen brachten den Antrag Stern zu Fall.

Seit jener Zeit ist in dieser Richtung hin Alles ruhig geblieben. Auch die Presse hat sich selten mit dieser Frage beschäftigt und nur in den Programmen einzelner Parteien bei den letzten Reichstagswahlen wurde der Forderung, wenn auch nur flüchtig, Erwähnung gethan.

Plötzlich nun ist die Forderung, und zwar an einer merkwürdigen Stelle, aber doch wohl in erstifastiger Gestalt, wieder aufgetaucht.

Die „Erfelder Zeitung“ vom 2. Februar bringt nämlich einen längeren Leitartikel mit der Ueberschrift: „Allgemeines Stimmrecht für das Abgeordnetenhaus.“ Zuerst glaubten wir einen von Schmähreden gegen diese Forderung strotzenden Artikel vor uns zu haben und wollten das Blatt, da uns solche Schmähreden allzubekannt sind, schon aus der Hand legen. Doch da kein Anlaß gerade jetzt zu einer schmähenden Polemik gegen diese Forderung vorlag, so lasen wir den Artikel und müssen gestehen, daß wir aus der staunenden Verwunderung gar nicht herausgekommen sind.

Die genannte Zeitung nämlich ist ein nationalliberales Blatt der vollkommenen Heidebergerei, zugleich Regierungsblatt, dem offiziöse Nachrichten zugehen und von dem man auch behauptet, daß es in naher Belanntschaft mit dem Belsenfonds stehe.

Leider fehlt uns der Raum, den ganzen Artikel abzubringen. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken,

unseren Lesern einige besonders wichtige Stellen vorzuführen um im Uebrigen den Inhalt des Artikels zu skizziren.

Zunächst macht die „Erf. Ztg.“ es den National-Liberalen zum Vorwurf, daß sie gegen den Antrag des Dr. Stern gestimmt haben; wohl hätten sie dies nur aus Opportunität gethan, aber das sei eine „unvorsichtige Stellungnahme“ gewesen, da nunmehr die Partei als eine prinzipielle Gegnerin der Ausdehnung des allg. Stimmrechts auf die Wahlen in Staat und Gemeinde angesehen worden sei.

Genanntes Blatt fährt dann fort:

„Die Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts auf Einzelstaats- und Gemeindevahlen in Deutschland ist lediglich eine Frage der Zeit. Sie ist logisch. Entweder das allgemeine Stimmrecht muß auch für das Reich fallen oder auf die übrigen Wahlen ausgedehnt werden. Aus bekannten Ursachen wird das Erstere nicht der Fall sein und also das Letztere eintreten. Das allgemeine Stimmrecht ist in Deutschland harinädige Kinderanarier und löst die ihm auferlegte Aufgabe der politischen Volkserziehung nur langsam; ein besseres Stimmrecht ist trotzdem bisher nicht gefunden worden und dieses Stimmrecht also noch immer das relativ beste.“

Dann meint die „Erf. Ztg.“, daß die durch das Dreiklassenwahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus vorhandene allzu konservative Strömung die radikalere Strömung im Reichstage erzeuge. „Das ist ein Fehler, denn es ist unwahrhaftig!“ — Man klage über die „systematische Herabsetzung des Reichstags“; die in den Entrüstungsadressen geführte Sprache habe allerdings vielfach über das Ziel hinausgeschossen. Aber ein die wirkliche Volksmeinung ausdrückender Reichstag würde sich darüber niemals zu beklagen haben.

Hier sei uns eine Bemerkung erlaubt. Wir pflichten dem letzten Satze um so unbedenklicher bei, als wir auch die Uebersetzung haben, daß nach und nach das Volk immer mehr mit dem Allgem. gleichen Wahlrecht vertraut und daß es demgemäß immer mehr seine richtige Meinung bei den Wahlen zur Geltung bringen wird. Ob dies im Sinne der Erfelderin geschieht? Wir glauben es sicherlich nicht!

Das preussische Abgeordnetenhaus aber vertritt noch viel weniger die wirkliche Volksmeinung, als der jetzige Reichstag — auch ist dasselbe in seiner jetzigen Zusammensetzung viel zu unbedeutend, als daß es das Volk vertreten könnte; wird es doch auch von den Süddeutschen „der preussische Provinziallandtag“ genannt.

Doch hören wir das nationalliberale Blatt zu Ende. Es verlangt in der That, „die nationalliberale

Partei des Landtags sollte den Antrag Stern wieder aufnehmen“ und fährt dann fort:

„Wiederkommen wird derselbe; angenommen werden eines Tages auch. Zu befürchten hat sie nichts von ihm; ihre etwaige Einbuße nach links würde nach rechts hin mehr als ersetzt werden. Brächte ihr derselbe aber selbst momentanen Nachtheil, vor einer Prinzipienfrage müßte diese Erwägung schweigen. Das allgemeine Stimmrecht ist unserer Partei ungünstig. Nicht ausschließlich aber zum Theil auch deshalb, weil man die nationalliberale Partei fälschlich für einen Gegner dieses Stimmrechts hält. Für die Beibehaltung desselben im Reichstage hat sie sich ausgesprochen; trete sie jetzt auch für seine Erweiterung und Ausdehnung ein. Sie wird damit einem Theile ihrer erbittertesten Feinde die Waffe aus der Hand winden.“

Doch immer noch nicht genug. Das Blatt meint, das deutsche Leben krankte an zahlreichen Unwahrheiten; eine solche sei das verschiedene Wahlrecht für Reichstag und Landtag, ja noch mehr, dieser Zustand sei eine Unnatur, die aus dem deutschen Leben fortgebracht werden müsse.

„Früh und resolut ergreife die nationalliberale Partei die Initiative!“ So lautet der Schlußsatz.

Wir haben wenig nur hinzuzusetzen. Unsere Ansichten über die Ausdehnung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auf Staat und Gemeinde sind unseren Lesern bekannt. Die Arbeiterpartei hat ja längst schon, ehe andere Parteien daran dachten, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ergriffen, naturnothwendig steht sie auch auf dem Boden der weitesten Ausdehnung desselben.

Wunderbar ist nur, daß gerade die national-liberale Partei, die Hauptgegnerin der Arbeiterinteressen, aufgefodert wird, der Arbeiterpartei zu folgen.

Aber die nationalliberale Partei wird der Aufforderung keine Folge leisten, wenn nicht, ja wenn nicht — der Artikel der „Erfelder Zeitung“ von Berlin aus inspirirt ist.

Politische Uebersicht.

Die offiziellen Blätter drohen wieder einmal mit Reichstagsauflösung, diesmal für den Fall einer Ablehnung der Dampfervorlage. „Wir glauben — so schreibt die „Erf. Ztg.“ — bis jetzt nicht an die Ablehnung des ganzen Entwurfs; noch viel weniger aber an eine Auflösung des Reichstags wegen der Dampfervorlage. Viel wichtiger als die Dampfervorlage ist der Reichsregierung die Zollvorlage, welche dem Reiche 50-60 Millionen neuer Einnahmen bringen soll. Ist der Kanzler jetzt den Reichstag auf, so geht auch die Zollvorlage in die Brüche. Vor den letzten Wahlen hat die

glimpflich mit Ihnen verfährt, daß er Mitleid mit Ihrem Zustande hat, daß er Sie nicht grausam quält mit seinen Vorwürfen.“

„Bist Du das, Kind?“ fragte Rodenburg.
„Ja, Onkel, das will ich! Ich will noch mehr; ich will ihn vorbereiten darauf, daß Sie geneigt sind, ihm das Unrecht, das Sie gegen seinen Vater begingen, abzubitten, daß Sie Alles gut machen wollen . . . dann wird Sie diese Begegnung nicht so sehr alteriren, und Ihre so geschwächte Gesundheit beeinträchtigen.“

„Du hast Recht Kind; geh' zu ihm, daß ich ein unglücklicher, gebeugter alter Mann bin, welcher von ganzem Herzen bereut, seinem Vater und dessen Kindern Unrecht gethan zu haben . . . Bitte ihn, stehe ihn an, daß er die Hand, welche ich ihm bieten will, nicht zurückstößt. . . Du weißt ja Alles, was Du ihm sagen kannst.“

„Ich weiß Alles, Onkel, lassen Sie mich nur machen! . . . Finde ich ihn verfühlich und zum Verzeihen geneigt, dann führe ich ihn hierher; wenn er aber bei der Absicht verharrt, Ihnen wehe zu thun.“

„Auch dann führe ihn hierher, Emmy. Eine kleine Buße muß ich mir schon gefallen lassen; ich habe sie verdient.“

„Gut, gut, Onkel! Wir werden ja sehen.“

Damit entfernte sich Emmy.
Stolz und aufrecht ging sie über den Korridor nach dem Empfangszimmer, in welchem Fritz Rodenburg einer Antwort harrete. Noch hatte sie zwar den Gegner nicht geschlagen, allein man hatte ihr Waffen gegeben, ihn zu bekämpfen . . . und das war immerhin schon etwas. Er durfte wenigstens nicht ohne ihre Erlaubniß seinem Onkel gegenüber treten, und wenn es irgend möglich war, diese Begegnung ganz zu hintertreiben, so würde sie es — davon war sie überzeugt — durchsetzen.

Einunddreißigstes Kapitel.

Fritz war erstaunt, als statt des Kammerdieners, den er erwartete, eine Dame hereinkam. Sie trat einige Schritte auf ihn zu. Er verneigte sich gebührend, und sie

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.
(Fortsetzung.)

„Ein Fremder?“ fragte Rodenburg. „Wer ist's?“
„Ein junger Mann, der sich Rodenburg nennt und Arzt ist!“

Der Kranke schnellte bei diesen Worten empor.

„Fritz Rodenburg, mein Neffe, ist hier!“

„Ja, gnädiger Herr!“ antwortete der Kammerdiener,

der die plötzliche Erregung seines Herrn für einen Zornausbruch über sein Vergehen gegen die Instruktion nahm . . .

„Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, daß ich mit der Meldung gleich hierher kam; aber der Herr Doktor erklärte ausdrücklich, daß er Fräulein Amberg nicht gemeldet sein wollte, sondern lediglich zu Ihnen komme und mit Ihnen allein zu sprechen wünsche. . . Er trug mir auch auf, etwas zu sagen; aber ich weiß nicht, ob ich es sagen darf, da es nur für Sie allein war, gnädiger Herr.“

„Lassen Sie sich's lieber nicht sagen, Onkel,“ bat Emmy.

„Wer weiß, ob es sich nicht um einen neuen Pöhn, oder um eine neue Verleumdung handelt. . . Lassen Sie sich's nicht sagen.“

„Ich weiß nicht, ob ich es sagen darf. . .“ wiederholte der Diener.

Rodenburg hörte Beide nicht.

„Was trug er Dir auf?“ fragte er den Diener.

„Er sagte, gnädiger Herr,“ antwortete der Diener

stotternd, „ich sollte Ihnen bestellen, daß es zu Ihrem Besten wäre, wenn Sie ihn empfangen. . . daß er käme, um Ihnen zu helfen.“

„Ah,“ bemerkte Emmy höhnisch, „er kommt, um Ihnen zu helfen. Vielleicht will er Ihnen gar ärztlichen Rath erteilen. . . Nun, das wäre ebenso gut, als wenn sich das Lamm dem Wolf anvertraute.“

„Er sagte, es sei zu meinem Besten?“ fragte Rodenburg, der auch diese höhnische Bemerkung unbeachtet ließ.

„Ja, das sagte er, gnädiger Herr; und er sagte noch hinzu, was ich auch Ihnen wörtlich sagen sollte; aber ich weiß nicht, ob es recht ist, wenn ich es Ihnen sage?“

„Sprich immerhin; was sagte er noch hinzu?“

„Daß er nicht so gewissenlos sei, einen Verwandten umkommen zu lassen, wenn er ihm helfen könnte.“

„Ah, der alte Haß, die alte Unverföhnlichkeit!“ stöhnte Rodenburg. „Er will sagen, er sei nicht so gewissenlos, wie ich.“

Während er diese Worte vor sich hinmurmerte, stand der Kammerdiener da, einer Antwort harrend.

„Sagen Sie dem Herrn,“ erklärte Emmy, als Rodenburg schwieg, „daß der gnädige Herr Niemanden empfängt, und am wenigsten ihn zu sehen wünscht.“

„Rein, nein, Emmy!“ fiel Rodenburg lebhaft ein,

„weise ihn nicht schroff ab. . . Ich will dennoch einen Weg der Versöhnung und Verständigung suchen. . . Ich will ihn sehen, will ihn sprechen.“

„O, lieber Onkel, Sie wissen, wie schädlich Ihrer Gesundheit jede Aufregung ist. Warum wollen Sie sich diese peinliche Begegnung nicht ersparen?“

„Ich muß mir diese peinliche Begegnung als Buße auferlegen, Emmy. . . Wer weiß, ob er in feindlicher Absicht kommt?“ . . . Sagte er nicht, es sei mein eigenes Interesse, ihn zu empfangen?“

„Ja, das sagte er!“ bestätigte der Diener.

„Glaubs wohl; also laß ihn kommen.“

Emmy erkannte die Gefahr sehr klar.

Wenn Fritz Rodenburg seinem Onkel gegenüberstand,

wenn dem Letzteren Gelegenheit gegeben wäre, ihm sein gebrochenes Herz, sein geängstigtes Gewissen offen darzulegen . . . dann war eine Verständigung, eine Ausöhnung unvermeidlich, und dann war es um sie und ihren Plan geschehen.

„Onkel,“ sagte sie hastig, „Sie werden nicht so unvorsichtig sein, sich geg'n die Anordnung des Arztes einer solchen Aufregung auszusetzen? Empfangen Sie meinetwegen den Kesseln, wenn Sie nicht anders wollen, aber lassen Sie mich vorher wenigstens ihn bitten, daß er

Reichsregierung über die Kornzollfrage wohlweislich geschwiegen. Wer weiß, ob Neuwahlen, welche sich unter der Parole für oder gegen Kornzölle vollziehen, eine der Regierung in wirtschaftlichen Fragen so gefällige Mehrheit zu Tage fördern würden. Darum liegt im Augenblick nach unserer Ansicht nichts ferner, wie die Auflösung, was auch immer die Offiziosen vorbringen mögen. Wie aus nachträglichen Enthüllungen über die Kommissionsberatungen hervorgeht, haben übrigens im Verlaufe derselben die Rivalitäten zwischen Hamburg und Bremen eine viel größere Rolle gespielt, als man bisher angenommen hatte. Wenn man eine im Interesse der Gesamtheit liegende Entscheidung der Dampfzollfrage wünscht, wird es notwendig sein, vorher alle derartigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Zu dem angeblich in Aussicht stehenden Sperrgesetz schreibt man: In den Kreisen der Interessenten steht man mit großer Spannung Mittheilungen darüber entgegen, ob die Reichsregierung im Anschluß an die Zolltarifnovelle ein Sperrgesetz nach dem Muster des Gesetzes vom 30. Mai 1879 beantragen wird, wonach die Eingangszölle von Rohstoffen, Material- und Sperrerei, Konditorwaren und anderen Konsumtiblen und Petroleum durch Anordnung des Reichskanzlers nach den Beschlüssen der zweiten Sitzung der damaligen Zolltarifvorlage in Kraft gesetzt werden könnten. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde am 5. Juli 1879 eine Bekanntmachung erlassen, demzufolge die bezüglichen Zölle sofort in vorläufige Hebung gesetzt wurden. Der Zolltarif selbst wurde am 15. Juli vollzogen und am 24. Juli publiziert. Wird jetzt ebenso verfahren, so würden die Zolltarifhöhen auf Branntwein, Wein in Flaschen, Champagner, Schokolade, Kakao, sofort nach Feststellung derselben in der zweiten Verhandlung im Reichstage vorläufig in Hebung gesetzt werden. Bezüglich der Zölle von Getreide und Holz wurde eine solche Bestimmung nicht getroffen, hauptsächlich wohl deshalb, weil diese Zölle damals zuerst eingeführt wurden und deshalb eine sofortige Hebung derselben unthunlich erschien. Dieses Bedenken fällt bei der jetzigen Vorlage fort. Zur Zeit ist noch von der Eventualität einer anderweitigen Regelung der Sperrfrage die Rede. Danach würde die Reichsregierung vom Tage der Einbringung der Zolltarifnovelle an die Einfuhr jener Waaren besonders einstreuen und nach erfolgter Beschlussfassung des Reichstages die Differenz zwischen dem früheren und dem neuen Zolltarif nachheben, d. h. der Novelle zum Zolltarif rückwirkende Kraft geben. Selbstverständlich bedürfte es auch dazu einer gesetzlichen Ermächtigung. Ob der Reichstag eine solche geben wird, ist im Voraus kaum festzustellen, aber die Möglichkeit, daß die Vollmacht erteilt werde, würde schon hinreichen, eine überhörschte Einfuhr der in Rede stehenden Artikel zu verhindern. Ob die Regierung den einen oder anderen Weg einzuschlagen beabsichtigt, wird selbstverständlich nicht eher bekannt werden, bis die betreffende Vorlage an den Bundesrath, bezw. den Reichstag gelangt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß diesmal von Maßregeln dieser Art überhaupt abgesehen wird, namentlich wenn die Beratung der Vorlage, wie es gewünscht wird, erheblich beschleunigt werden kann, worüber sich freilich zur Zeit noch nicht urtheilen läßt. Die Entscheidung darüber, ob die Zolltarifnovelle einer Kommission zur Vorberatung überwiesen wird, liegt in der Hand des Bundesrats.

In Betreff des Impfwesens ist dem Bundesrathe eine umfangreiche Vorlage zugegangen, die folgendermaßen eingeleitet wird: „Die bei der Ausführung des Impfwesens vom 8. April 1874 gemachte Wahrnehmung, daß die Impfung zu weilen mit nachtheiligen Folgen für die Gesundheit der Impflinge verknüpft ist, hat bereits vor mehreren Jahren Anlaß gegeben, nähere Ermittlungen darüber anzuordnen, auf welche Umstände diese Gesundheitsgefährdungen zurückzuführen sind, sowie in welcher Weise eventuell Abhilfe zu schaffen sein würde. Die im kaiserlichen Gesundheitsamt ausgeführten Untersuchungen lassen in erster Hinsicht erkennen, daß die Schuld zum Theil der Auswahl der Lymphe, insbesondere der bisher meist im Gebrauch befindlichen humanisirten Lymphe, sodann aber auch der Ausrüstung der erforderlichen Reakten von Seiten der beim Impfwesens betheiligten Personen beizumessen ist. Das kaiserliche Gesundheitsamt trat daher in eine nähere Erörterung der Frage ein, ob nicht die Impfung mit animaler Lymphe allgemein durchgeführt und eine einheitlich geordnete Ueberwachung der Thätigkeit der Impfärzte ins Leben gerufen werden könnte. Auch die Petitionskommission des Reichstages hatte sich bei Beratung der ihr vorgelegten Petitionen wegen Aufhebung des Impfwesens wiederholt in ähnlicher Sinne ausgesprochen. Der Einführung der Impfung mit animaler Lymphe stellte sich anfangs der Umstand entgegen, daß die geringe Haltbarkeit und unsichere Wirkung derselben ihre Verwendung zu Massenimpfungen nicht zuließ. Später erhielt jedoch das kaiserliche Gesundheitsamt Kenntnis davon, daß Verfahren gefunden seien, welche diese Bedenken zu beseitigen geeignet scheinen. Die Verfahren wurden geprüft, und auf Grund der erhaltenen günstigen Ergebnisse konnte nunmehr die Impfung mit animaler Lymphe zur allgemeinen Anwendung in Aussicht genommen werden. Bei der großen Tragweite der Sache schien es indes zweckmäßig, diese Frage

zunächst in Verbindung mit den im kaiserlichen Gesundheitsamt aufgearbeiteten Vorschlägen wegen Einrichtung einer erfolgreich in Beaufsichtigung des gesammten Impfwesens einer Sachverständigenkommission zur Begutachtung vorzulegen. Inzwischen hatte der Reichstag bei der am 6. Juni 1883 erfolgten Beratung der Petitionen gegen den Impfwang den Wunsch ausgesprochen, daß der gegenwärtige physiologische und pathologische Stand der Impfrage, insbesondere in Bezug auf die Reakten, welche gerichtet sind, die Impfung mit der größtmöglichen Sicherheit zu umgeben, von einer Sachverständigenkommission geprüft, und daß von dieser Kommission Maßregeln zum Zwecke einer solchen Sicherung — eventuell unter allgemeiner Einführung der Impfung mit animaler Lymphe — vorgeschlagen werden möchten. Sodann sei auch auf Vorsehung einer brauchbaren Impfstoffe auf Grund obligatorischer Anzeigepflicht der vorkommenden Pockenkrankheiten und des Verlaufs derselben an die zuständige Reichsbehörde hinzuwirken. Die Aufgaben der Kommission wurden mit Rücksicht hierauf erweitert. Die Kommission selbst ist aus Delegirten der hauptsächlich betheiligten Bundesregierungen zusammengesetzt, und gleichzeitig durch Zuziehung von drei impfwegenerischen Sachverständigen dafür Sorge getragen worden, daß auch die Einwendungen der Impfgegner, so weit sie auf wissenschaftlicher Grundlage beruhen, zu entsprechender Würdigung gelangen.“ — Die Vorlage ist von folgenden Druckfachen begleitet: 1. Protokolle über die Verhandlungen der Kommission zur Beratung der Impfung, nebst Unterlagen; 2. Vorlagen für die Verhandlungen der Kommission; 3. Denkschrift über die Nothwendigkeit der allgemeinen Einführung der Impfung mit Thierlymphe; 4. Tafeln zur Veranschaulichung der Wirkungen des Impfwesens; 5. Uebersicht der Pockentodesfälle in den Regierungen des Preussens in den Jahren 1875 bis 1881 nebst zwei Karten; 6. zwei Karten zur Veranschaulichung der im deutschen Reich im Jahre 1879 bezw. im Jahre 1882 mit Thierlymphe ausgeführten Impfungen. II. Uebersicht der Ergebnisse des Impfwesens im deutschen Reich für das Jahr 1882 nebst vergleichender Zusammenstellung der Impfergebnisse in den Jahren 1876 bis 1882.

Zur Kongofrage. Bezüglich der Verhandlungen zwischen Portugal und der Kongo-Gesellschaft erzählt die „N. N.“, daß vorgestern Abend spät die Meldung eingetroffen sei, daß das Kassaboner Ministerium die ihm unterbreiteten Vergleichsvorschläge rund abgelehnt habe und auf den weitestgehenden Forderungen bezüglich des west-afrikanischen Küstengebietes am Kongo stehen geblieben sei. In Portugal im Stande seinen Widerstand aufrecht zu erhalten, so ist das ganze Kongo-Projekt in Frage gestellt, denn es würde dem Kongostaat dadurch die freie Verbindung mit dem Meere abgebrochen und der Beschluß der Konferenz über Freiheit des Handels im Kongobereich nur von geringem oder gar keinem praktischen Werthe sein.

Der Bundesrath zählt gegenwärtig, nach einer solchen gedruckten Nachweisung, 60 Bevollmächtigte einschließlich der beiden Kommissare der Landesverwaltung für Elsaß-Lothringen gegen 59 in der Session 1883/84. Die Zahl der Stellvertreter beträgt 66 gegen 51 in der vorigen Session. Die Veränderungen, welche zum größeren Theile im Herbst 1883/84 eintraten und hauptsächlich Preußen betrafen, sind schon früher gemeldet worden. Neuerdings eingetretene Veränderungen betreffen zunächst Sachsen, für welches zu den fünf Stellvertretern ein sechster gekommen ist: Geheimrath Regierungsrath v. Ehrenstein. Für das Fürstenthum Waldeck und Pyrmont ist an Stelle des ausgeschiedenen Bevollmächtigten v. Butt-lamer der neu ernannte Landesdirektor des Fürstenthums, von Salzen, getreten. Für das Fürstenthum Lippe trat Geheimrath Regierungsrath Meyer als Bevollmächtigter ein, an Stelle des Rabinetsministers Eschenburg, welcher ausgeschied.

Ueber die Kämpfe bei Kamerun bringt die „Germania“ Folgendes: „Von dem Vater des bei den Kämpfen am Kamerun verwundeten Matrosen Krüger aus Potsdam sind der „Berl. Volksztg.“ einige Schriftstücke zur Verfügung gestellt. Ein Brief, datirt Kamerun, Westafrika, 23. Dezember 1884“ beginnt: „Lieber Vater! Du kannst Dir keinen Begriff machen, wie wir jungen Matrosen mang (etwa gleich: unter) den Schwarzen gehaut haben, denn es war uns gefagt und war Befehl, daß alles mit dem Erdboden gleich gemacht werden soll.“

In Oberschlesien hat der preussisch-russische Auslieferungs-Vertrag einen peinlichen Eindruck gemacht. Ein mit den dortigen Verhältnissen vertrauter Korrespondent des „Oberschlesischen Anzeigers“ läßt sich diesbezüglich folgendermaßen aus: „Zwar ist der Grenzbezirk nichts weniger als ein Tummelplatz von Nihilisten, Anarchisten und anderen Unflüglern, aber es sind doch im Laufe der Zeit, seit Erlöschen der Kartell-Konvention vom 27. Juli 8. August 1857, sehr viele Personen aus Rußland nach Preußen übergetreten, um sich der Militärpflicht oder einer Bestrafung zu entziehen, und haben sich hier niedergelassen und einen Hausstand begründet. Andererseits sind viele preussische Unterthanen, um sich einer Bestrafung wegen

Bankrotts oder eines sonstigen Vergehens zu entziehen, an hier nach Rußland-Polen übergetreten und haben sich dort in der Nähe der Grenze niedergelassen, von wo sie mit Leichtfertigkeit den Verkehr mit den hier zurückgebliebenen Familienangehörigen aufrecht erhalten können. Allen diesen Leuten ist beim Bekanntwerden des neuen Auslieferungsvertrages ein gewisses Schrecken in die Glieder geschlagen. Allerdings richtet sich der Vertrag in erster Reihe und hauptsächlich gegen die Dynamit-hellen und Berschwörer, wie dies aus dem Artikel 1 desselben hervorgeht, der den vertragschließenden Regierungen die Verpflichtung auferlegt, Personen, welche sich eines Verbrechens oder Vergehens oder einer Vorbereitung zu deren Ausführung gegen das Staatsoberhaupt oder ein Mitglied der beiderseitigen regierenden Häuser schuldig gemacht, ferner solche, welche einen Mord oder einen Mordversuch begangen, endlich die eigenhändigen Dynamitarden auf Verlangen auszuliefern. Im Artikel 3 aber ist bestimmt, daß in allen anderen Fällen, in welchen von der einen oder der anderen Regierung die Auslieferung wegen eines Verbrechens oder Vergehens beantragt wird, welche nicht im Artikel 1 erwähnt ist, der Antrag in Erwägung genommen und demselben, wenn nichts entgegensteht, mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, welche die beiden Länder verbinden, Folge gegeben werden soll. Dieser Artikel unter welchen sich alle Vorgehen subsumiren lassen, ist es, welcher den beiderseitigen Ueberläufern eine große Bellemmung verursacht.“

Frankfurt a. M. Die Untersuchung wegen der in der Sache Kumpff erfolgten Veröffentlichungen dauert noch ungehört fort. Bereits sind wieder mehrere Journalisten vernommen worden, die theilweise vor dem Untersuchungsrichter Zeugniß ablegten, nachdem ihre Anonymität durch die Unterschrift der auf der Post erhobenen Telegramme verborgen worden war. Die Vernommenen konnten indes ruhig schwören, daß ihre Mittheilungen weder von Justiz-Polizeibeamten herkommen und der erste Staatsanwalt Dr. Fischer, welcher die Untersuchung führt, neigt sich, die „Frankf. Ztg.“ erzählt, der sehr berechtigten Ansicht, daß durch die zahlreichen Zeugen, welche gehört wurden, eine absolute Geheimhaltung des Untersuchungsmaterials ein Ding der Unmöglichkeit sei. Eine Indiskretion seitens eines Beamten wäre zwar nicht unmöglich, ist aber schwer anzunehmen, da das ganze Aktenmaterial im Gefängnisgebäude aufbewahrt wird und nur höheren Beamten zugänglich ist, die sich selbst wiederum einem Zeitungskorrespondenten eine Mittheilung machen. Verschwiegenheit gegen die letzteren ist bei den hiesigen Justizbeamten und Polizeiangestellten Prinzip, weil sie wissen, daß bei der geringsten Indiskretion hier eine Untersuchung eingeleitet zu werden pflegt. — Bezüglich der vor einigen Tagen von der „Frankf. Ztg.“ gedachten Nachricht, daß ein inhaftirter Julius Viesle an Händen und Füßen Fesseln erhalten und jede Nacht gewacht werde, um ihn zu Aeufzerungen zu veranlassen; erhielt genannte Zeitung von dem Untersuchungsrichter eine Zuschrift, des Inhalts, daß diese Mittheilung vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Oesterreich-Ungarn.

In Brünn fand eine Arbeiterversammlung statt, in welcher aus Wien angelangte Sozialisten gegen die Sozialisten sprachen. Dabors aus Wien beantragte eine Resolution gegen das Sozialistengesetz, die in den für Wien projektirten, verboten Verammlungen hätte beschlossen werden können. Namens der Wiener Arbeiterschaft schickte er sich den Beschlüssen der Brüner Versammlung an. Die Resolution wurde einstimmig angenommen; zahlreiche Zustimmungstelegramme von vielen Städten Oesterreichs liefen ein.

Frankreich.

Der französische Senat wird heute den Gesetzentwurf die rückfälligen Verbrecher betreffen. In der Deputirtenkammer brachte der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über die Unterstellung ein. Deaudry d'Alton (reaktionär) begründete seine Interpellation über die landwirthschaftliche Krisis und während seiner Rede mehrere Male zur Ordnung gerufen. Von ihm vorgeschlagene dem Kabinett feindliche Tagesordnung wurde abgelehnt. Die Kammer begann hierauf die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise. Langlois sprach gegen, Deroy für denselben. Beratung wird heute fortgesetzt. — Neillon sollte gestern Ramen der äußersten Linken einen Antrag einbringen, betreffend Bewilligung eines Kredites von 25 Millionen, welche die verschiedenen Städte im Verhältnis zu den in denselben lebenden beschäftigungslosen Arbeitern vertheilt werden könnten. Ferry ersuchte in diesen Antrag bis zum Donnerstag verschoben, an welchem Tage der Ministerrath sich mit der Frage beschäftigen werde. — Eine aus Neung auf der Formosa in Paris eingegangene Depesche meldet: „Eine 1500 Mann mit 4 Geschützen bestehende Truppenabtheilung hat am 25. v. M. mehrere besetzte Weile weggenommen, welche unsere im Südosten befindlichen Positionen bedrohen und den Zugang zu den Minen beherrschen. Wir haben einer still abfallenden und stark besetzten Hochfläche Platz gemacht, befinden uns aber auf einer festen Basis und werden die Operationen fortsetzen, sobald die Truppen sich ausbreiten.“

erwiderte diese Begrüßung mit einem hochmüthigen Nicken des Kopfes. Eine Minute lang musterte sie ihn vom Kopfe bis zu den Füßen . . . und das Resultat dieser Musterung war jedenfalls ein sehr günstiges. Der Plan, den sie schon im Stillen entworfen, um den neuen Feind erbührend zu empfangen und abzuweisen, war durch die Erscheinung des jungen Mannes erheblich erschüttert. „Er ist ein recht hübscher Mann.“ Das war ihr erster Gedanke, und als sie das scharfe, klare Auge desselben, die Entschlossenheit um seinen feinen Mund, die stolze gerade Haltung bemerkte — da dachte sie: „Es wird nicht leicht sein, ihn zu besiegen.“ Plötzlich kam ihr ein zweiter Gedanke. „Wie? Wenn man anstatt ihn zu bekämpfen, versuchte, ihn zu gewinnen?“ Dieser letzte Plan hatte etwas für sich und schien ihr, je mehr sie darüber nachdachte, desto plausibler. Sollte es am Ende nicht gar gelingen, ihn zu erobern, für sich zu erobern? Das wäre ein großer Gewinn! . . . „Wenn dieser junge Mann ihr die Hand reichte und sagte: „Fräulein Emmy, wir wollen gemeinschaftliche Sache machen. Ich und meine Schwester wir sind die Erben; Sie sollen meine Frau sein und somit die Mitbesitzerin des Robenburg'schen Vermögens.“ Sie hatte anfangs beabsichtigt, ihn stolz und schönbe abzuweisen. Nachdem wie im Fluge diese Erwägungen ihr durch den Kopf gegangen waren, änderte sie plötzlich ihre Maxime. „Sie sind Herr Doktor Robenburg?“ fragte sie in so freundlichem Tone, wie ihr irgend möglich war. „Fritz Robenburg ist mein Name!“ antwortete der junge Mann, ohne durch die Aenderung ihres Wesens sein Benehmen beeinflussen zu lassen. „Ich bitte, Herr Robenburg,“ fuhr sie fort, auf einen Eessel deutend, „indem sie selbst auf einem anderen Platz nehme.“ „Der Onkel beauftragte mich, zuvor einige Worte mit Ihnen zu sprechen . . . Gestatten Sie, daß ich mich dieses Auftrages entledige.“

„Da Ihr Onkel — wie Sie Herrn Robenburg nennen — mit welchem Rechte ist mir nicht bekannt — Sie beauftragt hat, so muß ich mich fragen und Sie anhören, obgleich es dem Zweck meines Besuches hier sehr fern lag, mit einem Andern, als meinem Onkel Robenburg selber zu konferiren . . . Ich vermute, in Ihnen Fräulein Amberg zu sehen?“ „Sie irren sich nicht!“ versetzte Emmy, welcher der Ton, in dem er zu ihr sprach, durchaus nicht gefiel, denn der Ton sprach nicht dafür, daß sie einen eben so günstigen Eindruck auf ihn gemacht habe, als es umgekehrt der Fall war. „Wie Ihnen bekannt sein dürfte,“ sagte sie hinzu, „hat mein Onkel Robenburg mich mit der Führung seines Hauswesens betraut, da er ja sonst Niemand zu seiner Pflege und Vertretung hat.“ „Oder vielmehr, da er die, die es aufrichtig mit ihm meinten, aus seiner Nähe getrieben hat.“ „Herr Robenburg hat gewiß oft übereilt gehandelt,“ sagte Emmy, welche immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben hatte, daß sie ihn zu bestechen im Stande sein möchte. „Wir wollen das dahin gestellt sein lassen, Herr Robenburg; wir wollen über das Geschehene nicht disputiren, denn dazu habe ich kein Recht. Es würde mir nicht wohl anstehen, die Handlungen dessen zu kritisiren, der mich liebt wie sein Kind . . .“ „Und Sie deshalb vermuthlich zur Erbin einsetzen wird,“ setzte Fritz mit spöttischem Lächeln hinzu. „Sie haben Recht, mein Fräulein, lassen Sie sich nicht unterjochen, ob Ihre Aussicht auf die Erbschaft eine Folge Ihrer Zärtlichkeit und Pflege ist . . . oder ob umgekehrt, die Zärtlichkeit und Pflege den Zweck hat, die Erbschaft zu erlangen . . . Ich bitte Sie, kommen Sie auf den Auftrag meines Onkels zurück, dessen Sie vorhin erwähnten.“ „Mein Auftrag lautet dahin, Sie nach Ihrem Begehrt zu fragen.“ „Und meine Aufnahme oder Abweisung hängt von der Antwort ab, die ich Ihnen gebe?“ „Sie zuckte die Achsel ein wenig.“ „Ich glaube, ja.“

„Und wenn ich diese Frage allein meinem Onkel antworten will?“ „Ich würde diese Ihre Antwort dem Onkel mitbringen, glaube aber, daß ihm dieselbe nicht genügen würde.“ „Daß er mich also abweisen würde?“ „Das wäre nicht unmöglich! . . . Doch Herr Robenburg, ehe wir hiervon sprechen, lassen Sie mich noch von etwas Anderem sprechen, das hiermit engsten Zusammenhange steht und Ihre Entscheidung auf meine Frage zu antworten, möglicher Weise zu Gunsten könnte.“ „Mein Entschluß in Bezug auf den Zweck meines Besuches steht unerschütterlich fest . . . doch lassen Sie mich hören.“ „Ohne Zweifel kommen Sie nur, sich über den Stand der Dinge hier zu unterrichten, namentlich, ob wahr ist, was Sie jedenfalls gerüchtweise schon gehört haben, daß Ihr Onkel beabsichtigt, in seinem Testament seine Nichten und seine Neffen zu übergeben.“ „Den Zweck meines Hierseins würden Sie schon verstehen, mein Fräulein. . . Ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich hierüber nicht zu sprechen beabsichtigte; soviel kann ich Ihnen sagen, daß die von Ihnen gemeinte Absticht mir sehr fern liegt . . . Robenburg und sein Vermögen sind mir so gleichgiltig, wie Sie Herr Amberg.“ Das war sehr deutlich gesprochen, zumal er Worte begleitete durch ein stolzes Aufsehen von sich. „Damit war der Krieg erklärt. Es blieb ihm weiter nichts übrig, als eine feindliche Position einzunehmen und dieselbe zu behaupten.“ „Herr Robenburg,“ sagte sie, indem sie hoch den Kopf zurückwarf, „ich sagte Ihnen eben, daß diesem Hause die Stelle der Hausfrau vertritt. Nicht nötig, mir in diesem Hause Beleidigungen zu lassen. . . Ihnen, als einem Verwandten des Hauses, den ich wie einen Vater liebe, will ich die eben ausgesprochene Äußerung großmüthig nachsehen. Wenn der Zweck Ihres Hierseins vollkommen verfehlt ist, so haben Sie es

baben we
Feuer des
Rumpff
Berwunde
das Palm
Entschluß
ließer zug
Romane g
hält hab
Das
und, zeit
Deputirte
in London
und kam
late zu
Rolle zu
Anträhung
von zu b
Allen wab
Wahnsinn
sch mit
Jeder
von den
das Leben
Frauen u
der Einfl
nicht als
von For
Institution
in einer
weise dem
l. d. Bert
Schiffahrt
emgegen,
abtheilung
Aus
hätlich d
Koffa u
berbat,
tische Sa
geladen h
ging, blic
sch auf
Gegens
Gewerke
Belehrer
Berthaltung
Die
werden es
wird, d
wemgest
Nicht st
wenn die
selbst jeh
sigen 12
und 1872
der schulp
in dem 1
die Zahl
Rollen de
änder der
Eugen ist
Eingelde
Beim
Viele.

Politische Uebersicht.

Die sichere Quelle! Vor Kurzem schrieb das „*f a m o s e*“ Berliner Tageblatt: „Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß der kleine Belagerungsstand über Frankfurt a. M. und Umgegend verhängt werden wird.“ Einige Tage später: „Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird der kleine Belagerungsstand über Frankfurt a. M. und Umgegend nicht verhängt werden.“ — Bezüglich des Frankfurter Militärs brachte dasselbe Blatt aus sicherer Quelle die Nachricht, daß der ergriffene Schuhmacher Viehle bestimmt der Räder des Polizeiraths Dr. Kumpff sei. — Aus sicherer Quelle wird demselben Blatte jetzt berichtet, daß der Viehle noch nicht bestimmt als der Räder betrachtet werde. — Tableau! Eine gewisse „sichere Quelle“ muß diesem Blatte zur Verfügung stehen!

Bezüglich des Schlusses der Reichstagsession soll sich Kaiser Bismarck Abgeordneten gegenüber dahin ausgesprochen haben, daß er den dringenden Wunsch hege, die Reichstagsession nicht wieder, wie in früheren Jahren, über Ostern auszudehnen, und Staatsminister v. Boetticher hat auf Antragen von Abgeordneten erklärt, daß man innerhalb der Reichsverwaltung an diesem Gedanken festhält. Zum Zustandekommen des Postparlamentsgesetzes hat man wenig Vertrauen und eben so wenig hat es den Anschein, als ob die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter zur Erledigung gelangen wird. Bezüglich der Postkomplex-Vorlage wird jedoch angenommen, daß dieselbe im Gegenstanz zum Kommissionsbeschluss in dritter Lesung zur Annahme gelangt.

Gegen den Auslieferungsvertrag mit Rußland in seiner jetzigen Gestalt wendet sich der „*West. Merkur*“ mit aller Entschiedenheit. „Soll — so meint das Blatt — jetzt systematisch die preussische Polizei der russischen Despotie Handlangerdienste leisten müssen? Sollen die Gräber auf dem Wege nach Sibirien ihre anklagende Stimme auch gegen uns, als die Helfershelfer der Ungerechtigkeit, erheben? An dem Vertrag, wie er jetzt zwischen Preussen und Rußland besteht, ist leider nichts zu ändern. Aber die Ausdehnung auf das Reich kann und muß das Volk hindertreiben. Nur die Anwesenheit, und Niemand sonst, darf den Rußnen preisgegeben werden. Und natürlich nicht etwa die von der russischen Regierung als solche bezeichneten, sondern nur diejenigen, gegen welche sie den Beweis der Mitschuld an nihilistischen Greuelthaten geführt hat.“

Frankfurt a. M. Das „*Frankf. Journal*“ berichtet über die Konfrontation des im Klappertfeld-Gefängnisse sitzenden Viehle. Derselbe wurde nämlich in einem dem Gefängnis benachbarten Polizeibureau den erschienenen Bewohnern des Saalenslagers vorgestellt, damit man feststellen vermöge, ob sich etwa in jener Straße vor Begehung der That gezeigt habe. Niemand aber vermochte ihn zu erkennen, was den Viehle mit großer Befriedigung zu erfüllen schien. Höhnisch sagte er zu dem mitvorgeladenen Briefträger der genannten Straße: „Betrachten Sie mich nur ganz genau, vielleicht haben Sie mich doch schon gesehen!“ Viehle, dessen angeblich hieher verbannter Bruder ihn lediglich erkennen sollte, ohne ihn — entgegen der Mitteilung verschiedener Blätter — irgendwie zu belästigen, meint mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß gegen ihn kein Beweis erbracht werden könne und beharrt bei seinem Leugnen, dem bei jeder Auskunftserweiterung — Neueten Mitteilungen zu Folge soll die Person, welche den Bewohnern des Saalenslagers vorgestellt wurde, nicht Viehle, sondern ein gewisser Nau gewesen sein, welcher der Beteiligung an dem Mordtate beschuldigt wird.

Danzig, 3. Februar. Die „*Danz. Btg.*“ wurde heute früh politisch konfiskiert. Den Grund dieser Maßregel, von welcher die „*Danz. Zeitung*“ seit Beendigung der Konfliktzeit zum ersten Male betroffen wird, soll eine Korrespondenz aus Hamburg bilden, welche über ein dort eingeleitetes Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen Dr. Köppen berichtet.

Winterfahrt durch Graubünden.

Von Alfred Meißner.

Ueber dem Bodenseegebiete liegt der Nebel weiß, eintrübend und verhält dem Blicke die mächtige Sentialette. Selbst die apenninischen Vorberge sehen nur wie durch einen Schleier bedeckt, kaum daß man erkennen kann, was Wald, was Wiesenschlag. Schon seit Wochen dringt die Sonne selbst in den Mittagsstunden nicht durch diesen Vorhang und ist nur wie ein Delfied auf einem weißen Bogen Papier zu sehen. Das ist nun einmal die unselbige Eigenschaft des Winters in der Nähe großer, ausgedehnter Wasserflächen. Bis in das Kleinthal dringt das Nebelmeer. Das alte schwarze Feldkirch in seiner Felsenge ist ganz in einer wüsten Dunstschicht versunken; wie ein Felsenriff aus einem Innensee taucht die alte Montfort'sche Schattenburg empor und entsieht sich sofort dem Blicke. Rastlöcher dringt durch die dicksten Kleider und mihmuthig schaut der Reisende aus der Coupédecke auf die einsörmige Fläche, die ihn rechts und links mit tannendewaldeten mächtigen Bergen einschließt.

In Buzs ist man in einem weiten, weiten Bogen auf die Schweizer Seite gekommen. Es heißt sich ein wenig auf. Das wolle Städtchen Werdenberg und der mächtige Wärsel dabei, das Stammschloß der ehemaligen Grafen dieses Namens, blüht von der Höhe herab; hier sah der Sage nach jener Graf von Werdenberg, der die Prinzessin von Portugal heiratete. Immer großartiger wird die Gegend. Man befindet sich in einer weiten Thalebene, die von zwei ungeheuren Höhenzügen, der Alvetette einerseits, den drei Schwestern andererseits, eingeschlossen ist. Rabuz mit seinem Schlosse erscheint, über das ganze Rüstenthum Viechtenstein geht der Blick. Ragaz mit seinen großartigen Neubauten liegt verwaist da, kaum ein paar Personen in dem im Sommer so besuchten Kurorte. Man erkennt den Felsenschnitt der Tamino, an dessen Ende das wunderbare Bad Bällförs liegt.

Heller und heller wird es, die Bodenseenebel werden dünner, je höher man den Rhein hinaufkommt, und so gelangt man gegen zehn bei Sonnenschein nach Landquart, das, nur eine kurze Strecke von der alten Bischofsstadt Chur entfernt, in einer sumphigen Ebene daliegt.

Hier beginnt unsere Reise. So lange es anging, ist der Wagen benützt worden, jetzt hat man den sechsstündigen Rutschkasten auf die Rufen eines starken Schlittens gesetzt. Hier werde werden vorgespant. Andere gewöhnliche Schlitten erliegen die Reimagen. Der Kondukteur ist ein fünfziger, sein weitergebräuntes Gesicht ist das eines alten Rondoitiere. Beim ersten Blick traut man ihm Besonnenheit und Muth zu. Anstrengungen und Gefahren sind ihm wohlbelannte Dinge. Er wendet vorsichtig das leichtere Gepäck auf der Höhe des Rutschkastens und bringt das schwerere auf einem Schlitten unter, der dem Hauptschlitten angehängt wird.

Budapest (Ungarn). Zweitausend Arbeiter hielten heute eine Versammlung in musterhafter Ordnung ab. Sie beschloffen eine Petition an den Reichstag um gesetzlichen Schutz für Gesundheit und Leben der Arbeiter, sowie um ein Gesetz behufs Verforgung der hinterbliebenen Verunglückter.

Frankreich.

Ueber die Rede, welche der Deputierte Langlois gestern in der französischen Kammer gegen die Erhöhung der Getreide- und Viehzölle gehalten hat, theilt der „*Bos. Bzg.*“ ein Pariser Privattelegramm heute folgendes mit: „In der begonnenen Debatte über die Zollerhöhungen führte Langlois aus, Frankreich müsse durchschnittlich 13 Millionen Doppelzentner Getreide jährlich kaufen, die durch den Zoll vertheuert wären. Der Zoll werde der ungeheuren Mehrtheit der Landwirthe, die bloß drei Hektare besitzen und Getreide kaufen müßten, schädlich sein, denen mit vier Hektaren, die ihre Ernte selbst verbrauchen, weder Schaden noch Nutzen, und bloß den 800 000 Gutsbesitzern mit mehr als 4 Hektaren Vortheil bringen, nennenswerthen aber auch nur den Großgrundbesitzern. Die hunderttausend Pächter würden augenblicklich etwas gewinnen, doch nur bis zur Erneuerung ihrer Pacht; dann würden sie ihren Gewinn in Gestalt erhöhten Pachtzinses dem Besitzer abzugeben haben. Redner hofft, die Kammer werde die Vorlage verwerfen.“ — Admiral Courbet's letztes Gefecht vor Kelung wird ungünstig beurtheilt. Man bemerkt, daß die Nachricht erst am 30. Januar telegraphirt wurde, trotzdem das Gefecht am 25. stattgefunden hat, daß ferner Courbet bloß 1500 Mann ins Feuer schicken konnte und daß die Chinesen von ihrem Hochplateau nicht verdrängt wurden. Das Unternehmen gegen Formosa erscheint immer zweifelhafter und aussichtsloser. — Quästor Margaine verweigerte den Arbeiterschaften den Eintritt ins Palais Bourbon (Abgeordnetenhause), wohin sie von der äußerlichen Linken zu einer gemeinsamen Beratung einberufen waren. Die Gruppe protestirte gegen Margaine's Verfügung. — Der Betrag einer Sammlung für die Verwundeten der Februar-Revolution, 1,450,000 Francs, ist aus den Staatskassen spurlos verschwunden. Auf Betreiben der ehemaligen Verwundeten, die nie einen Pfennig erhalten haben, ist jetzt ein Untersuchungsausschuß für diese seltsame Angelegenheit eingesetzt worden.

Großbritannien.

Dem Kriegsministerium ist eine aus Kairo von gestern datirte Depesche zugegangen, Inhabits deren ein Trupp Infanterie und eine Abtheilung ägyptischer Soldaten in der Richtung nach Handub ausgefandert wurde, um eine Relognosirung vorzunehmen. Die Truppe brannte ein bei Handub befindliches Lager des Feindes nieder, wurde auf dem Rückwege aber von einer starken feindlichen Nacht angegriffen; es werden 8 Husaren und 3 ägyptische Soldaten vermisst, ein Egyptianer ist verundet. — Gestern Abend ist in Whitechapel (London) ein Individuum verhaftet worden, das bei den jüngsten Dynamitattentaten betheiligt sein und auch zu dem verhafteten John Gilbert Cunningham in Beziehung stehen soll.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 4. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes v. Boetticher, Bronsart v. Schellendorff, Stephan, v. Burchard und Kommissarien.
Die zweite Berathung des Stats der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.
Bei Tit. 82 der Ausgaben (Postpraktikanten u. s. w.) bringt Abg. Dr. Müller die traurige Lage der noch im Reichsdienst stehenden Telegraphistinnen zur Sprache. Leider hat Staatssekretär Stephan durch Aufstellung des Grundgesetzes überhaupt keine weiblichen Beamten im Post- und Telegraphendienst mehr anzustellen, die ohnehin so geringe Erwerbssähigkeit des weiblichen Geschlechts in belagener Weise beschränkt, obwohl seine Berufung auf die schwache Gesundheit eines großen Theiles unserer weiblichen Jugend nicht unbedeutend ist.

Es giebt aber doch ebenwolle Ausnahmen: in Berlin-Rönigsberg und anderswo wird noch eine Anzahl von Telegraphistinnen beschäftigt, die zum Theil 10, 11 Jahre und darüber alle Strapazen des Dienstes, auch des Nachtdienstes und der Bedienung der schweren Apparate, vollkommen ausgetragen und sich durch Zuverlässigkeit und Pflichttreue die volle Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten erworben haben. Diese Vorgesetzten wagen aber gar nicht, sich für die armen Mädchen zu verwenden, weil sie wissen, daß bei ihrem hohen Chef die weiblichen Beamten nun einmal nicht in Gunst stehen. So haben denn diese Damen nach 10 und mehr Dienstjahren noch keine definitive Anstellung mit Pensionsberechtigung erlangt, sondern stehen nach wie vor auf ihrem lärglichen Diätensatz. Was wird nun aus solch einem armen Mädchen, das den besten Theil ihrer Arbeitskraft dem Reichsdienste geopfert hat, wenn es durch Krankheit oder irgend einen Zufall arbeitsunfähig wird? Es steht ohne jeden Rechtsanspruch da, lediglich angewiesen auf eine von der Gnade der oberen Behörde etwa zu gewährende Unterstützung, die im besten Falle durchaus unzulänglich ist. Der Redner legt diese hilf- und rechtlose Lage der weiblichen Beamten dem Herrn Staatssekretär ans Herz und hofft von seiner Humanität und seinem Rechtsgesühl, daß er in Anerkennung des Sayes „gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ auch den Telegraphistinnen feste Anstellung und Pensionsberechtigung gewähren wird.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Die Damen, die mit 3 Mark Diäten angestellt sind, haben bereits eine Aufbesserung ihrer Einkünfte erfahren; denn zu Anfang beträgt der Diätensatz nur 2 Mark. Daß sie keine Aussicht auf Pensionierung haben, wird den Damen von vornherein mitgetheilt; sie wissen also, woran sie sind, wenn sie sich anstellen lassen.

Abg. Dr. Müller: Es ist nicht Aufgabe der Post, sich möglichst billige Arbeitskräfte zu verschaffen, namentlich heute zur Zeit der regierungsseitig proklamirten Arbeiterfreundlichkeit. Auch handelt es sich hier weniger um den Diätensatz, als um die Forderung der Gerechtigkeit, Damen, die mehr als zehn Jahre lang treu im Dienste waren, auch angemessen etatsmäßig anzustellen und zu pensioniren.

Der Titel wird bewilligt. Bei Titel 34 (Posthilfsstellen) wünscht Abg. v. Bollmar eine Aufbesserung der betr. Diätensätze im Interesse des Dienstes und namentlich, um Destraubationen seltener zu machen. Auch möge man lieber weniger Hilfsbeamte und mehr etatsmäßige anstellen.

Direktor Fischer rechtfertigt das bisherige Verfahren als den bestehenden Vorschriften entsprechend. Auch sei die Lage der Posthilfsbeamten durchaus nicht unsicher und düstlich.

Abg. v. Bollmar hält seine Meinung aufrecht; die guten Einnahmen der Post, die wesentlich durch die zahlreichen Unter- und Hilfsbeamten erzielt würden, müßten billigerweise auch diesen Beamten angemessen zu Gute kommen. — Der Titel 84 und der Rest des Ordinarius wird bewilligt.

1 700 000 M. für Post- und Telegraphenbauten in Albin werden bewilligt, 80 000 M. für ein neues Postgebäude in Weiskensfeld abgelehnt.

Den Anträgen der Budgetkommission entsprechen werden ferner noch die Forderungen für neue Postgebäude bezw. die für die Erwerbung von Grundstücken zu Postzwecken bezüglich folgender Orte gebrachten: Rastlin in Höhe von 88 850 M.; Sietlin 100 000 M.; Celle 90 000 M.; Bingen 70 000 M.; Kreuznach 94 000 M.; Wilmars 108 400 M.; Berlin 281 500 M.; Stralsund 175 100 M. Die übrigen Positionen werden nach den Anträgen der Kommission, d. h. theilweise mit erheblichen Abstrichen, bewilligt und die betr. Petitionen durch die gefassten Beschlüsse erledigt.

Die einmaligen Ausgaben des Stats des auswärtigen Amtes beantragt die Budgetkommission unverkürzt zu bewilligen, und das Haus genehmigt demgemäß ohne Debatte 30 000 M. als Subvention für die zoologische Station des Professors Dohrn in Neapel und 47 200 M. für Reparaturen am Postschloßhotel in Paris.

Die zur Errichtung einer Sommerresidenz in Theresia für

Wir treteten in die niedrigen Gastzimmer ein, von denen das eine zugleich als Wohnstube dient. Die Wände sind mit dem Holze des Aroenbaumes gefaselt. Der gewaltige Ofen strahlt eine freundliche Wärme aus; wir treten sofort an ihn heran, um uns vom Froste einigermaßen zu erholen. Es duftet nach Pratswürfeln; auch Kaffee und Warmbier, Wachholder und Cognac kann man haben. An einem langen Tische, der fast die ganze Breite der Stube einnimmt, sitzen mehrere Gäste. Einer derselben erzählt von einem Unglück, das sich auf der Raßhöhe gegen das Scholapinthal hin zugetragen. Dort, wo der Weg eine plötzliche Wendung macht und ein schwarzer Steinhaufen aus dem Schnee hervortritt, wurden die armen Weiber mit Körben auf dem Rücken erstoren gefunden. Sie wollten mit Schmuggelwaaren nach Goshuren ins Oesterreichische.

Die Soche erweckt wenig Interesse, und der Erzähler stoßt sich eine frische Pfeife.

Nun ist wieder eingespant. Welch wackere Pferde! Ihre Augen sind so lebhaft, sie bewegen die Ohren und haben die Nasen weit geöffnet. Sie wissen, daß sie ein hartes Stück Weges zu bewältigen haben.

Und so ist's in der That. Jetzt in gewaltigen Bindungen, jetzt in kurzem Bidsack geht die Straße die Klosterter Stäg hinan, den waldigen Guwmall, welcher Prättigau vom Danos trennt. Endlich, endlich ist man auf der Höhe. Es dunzelt bereits, aber der Mond ist aufgegangen. Ein ungeheurer Thalsessel, um den herum raube, graue und zerrissene Bergriesen einen Wall bilden, liegt vor uns. Manche dieser Bergriesen sind breit und wuchtig, andere, wie das Jacobshorn, phantastisch zugespitzt. Auf dem unteren Theile der Berge liegen Wälder mit mächtigen Eintreffen. Die Tannen dort haben einen ewigen Kampf mit den Elementen zu bestehen, sie bewahren noch ihre starre Haltung, aber ihre Ästen sind gelichtet. Manche Wände bieten das trostlose Bild völliger Verberbung. Am Eingange liegt ein See, der neun Monate im Jahre, sage neun Monate, zugefroren ist.

Weit, weit zerstreut, wohl auf eine halbe Stunde Weges, liegen die Häuser von Davos. Palastartige Hotels glänzen mit hundert erleuchteten Fenstern. Hier bringt eine Krankenkolonie, die vielleicht mehr als tausend Personen zählt, den Winter zu und hofft von der Hochzeitaltluft Besserung. Schrecklicher Irrthum, von gewissenloser Reklame genährt! Man behauptet, die dünne Luft erleichtere den Athmungsprozeß, in Wahrheit zeigt sich das Gegentheil. Die Lunge muß in diesen Regionen, um die gleiche Menge Sauerstoff zu erhalten, schneller athmen als in den tiefen Regionen, und das greift die geschwächte Lunge verderblich an.

Doch genug von diesem entsetzlichen Orte, über den gelassen zu schreiben ich nicht im Stande wäre. . .

(Schluß folgt.)

die Botschaft in Konstantinopel, abzüglich des Erbisses für das alte, ehemals preussische Gesandtschaftsgrundstück, als erste Rate gefordert 80 750 M. beantragt Abg. v. Frankenstein aus Sparfamleitsrücksichten zu streichen.

Abg. v. Röllner tritt für diese Position ein. Schon vor fünf Jahren hat der Sultan dem Deutschen Kaiser das schönste Grundstück am Bosporus im Werthe von 550 000 M. beifürs Erziehung einer Sommerresidenz für die Botschaft zum Geschenk gemacht. Man kann dies Grundstück um so weniger noch länger unbenutzt liegen lassen, als gerade gegenwärtig besonders günstige Aneerbietungen für die Bauausführung gemacht gemacht sind, der Bau auch im Interesse des diplomatischen Geschäftsverkehrs notwendig ist.

Abg. v. Röllner wird mit Rücksicht auf diese Erklärungen für die Forderung stimmen, die darauf gegen die Stimmen desentrums bewilligt wird. Dasselbe geschieht in Bezug auf die restirenden Posten aus dem Etat des Reichsschatzmeisters, der Reichsschuld und der Reichsdruckerei, den Fehlbetrag aus dem Etatsjahr 1883/84. Die Etats der Finanzen aus belegten Reichsgeldern, der außerordentlichen Zuschüsse und der Kontributionsbeiträge sowie endlich das Staatsgesetz werden vorbehaltlich der definitiven Feststellung der Biftern nach den Vorschlägen der Budgetkommission bewilligt.

Damit ist die zweite Berathung des Etats beendet, soweit nicht die Biftern desselben durch den Nachtragsetat, der nunmehr zur Berathung kommt, verändert werden. Dieser Nachtragsetat enthält folgende Forderungen: 96 000 M. fortwährenden Ausgaben für Gouverneur, Konful, Kommissare etc. in Kamerun, Togo und Angra Beuena; 152 000 M. für Dienstgebäude an diesen Orten; 295 750 M. für den Neubau des städtischen Amtes des Reichs und 10 000 M. zur Verlegung des Kaiserlichen Kadettenhauses nach Stolp in Pommern.

Abg. Richter: Ein ganz besonderer Werth ist darauf zu legen, daß von der Kommission die Positionen sorgsam geprüft werden, welche sich auf die Kolonien beziehen, weniger um der kleinen Detailfragen willen. Eine Prüfung der Gehälter, welche für die Beamten angelegt sind, mag stattfinden. Aber wenn man jemandem zumutet, in diese ungesund und einsamen Gegenden zu gehen, dem muß ein besseres Einkommen zugesichert werden, als es für analoge Stellungen in zivilisirten Orten bewilligt wird. Ueberhaupt sind diejenigen, welche sich in jene Gegenden begeben, unserer besonderen Fürsorge werth, und es empfiehlt sich deshalb wohl, daß die Unfallversicherung auch auf die Firmen in den Kolonien ausgedehnt würde. Es giebt keinen gefährlicheren Betrieb als den kaufmännischen Betrieb in jenen Gegenden, und die Fürsorge der betreffenden Firmen für die Beamten, welche in ihrem Dienste dort zu Grunde gehen, und ihre Hinterbliebenen ist auch nicht so ausgedehnt, als es wohl wünschenswerth wäre. Eine andere Detailfrage, die aber auch weniger in den Vordergrund tritt, bezieht sich darauf, ob nicht zu viel Beamte gefordert werden. Auch diese Detailfrage wollen wir nicht in den Vordergrund rücken: die Hauptfrage ist für uns folgende: es handelt sich hier nicht wie bei dem Dampfboot um eine Sache, sondern um Anstellung von Beamten, welche mit gewissen Befugnissen ausgestattet sind. Hierbei muß die gesamte Stellung dieser Kolonien im Verhältnis zu Deutschland zur Sprache kommen, insbesondere das Maß ihrer Selbstständigkeit. Diese hängt mit der Kostenfrage zusammen; von Selbstverwaltung kann immer nur soweit die Rede sein, als man selbst etwas bezahlt.

Wenn das Reich alles bezahlen soll, würde dort auch die Selbstverwaltung der Kolonien ausgeschlossen sein. Inzwischen haben sich die Kosten des Reichs für die neuen Kolonien schon ganz artig summiert; die Kosten sind eigentlich das einzig Greifbare, was wir von den neuen Erwerbungen bis jetzt haben (Sehr richtig! links), während die größeren Vortheile für die kommerzielle Entwicklung nur Zukunfts-muß sind. Zu den 62 000 Mark Unterhaltungskosten des Dampfschiffes in Kamerun kommen hier noch für 96 000 M. Gehälter; zu dem Extraordinarium von 180 000 M. für das Kameruner Schiff kommen hier Landbauten für 150 000 Mark. Außerdem behält man sich vor, die sächlichen und vermischten Ausgaben aus allgemeinen Titeln des Etats des auswärtigen Amtes zu bestreiten, und vorzüglich wird in den Notizen noch darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, über die geforderten Beträge hinaus noch andere Forderungen demnachst zu erheben. Wir waren außerdem überrascht, neulich beim Marineetat zu erfahren, daß schon jetzt die Mehrkosten für die Marine in Folge der neuen kolonialen Erwerbungen sich auf drei Millionen Mark jährlich belaufen. Solchen Summen gegenüber ist es doppelt wichtig klarzustellen, wie weit die Kolonien selbst zu den Kosten heranzuziehen sind. Wir halten allerdings einen kaiserlichen Beamten in jeder Kolonie zur Wahrung der Autorität des Reichs für notwendig, damit ist aber noch nicht gesagt, daß das Gehalt für diesen Kommissar und die anderweitig erwachsenden Kosten vom Reich selbst zu tragen sind. Selbst wenn man sich auf die Analogie mit konsularischen Stellungen beschränkt, so bleibt doch hervorzuheben, daß auch die Handelstreibenden Konsularschutz nicht umsonst haben, sondern dafür 408 000 M. Konsulatsgebühren bezahlen. Die benachbarten französischen und englischen Kolonien in Afrika bringen erhebliche Summen für sich allein auf. Die französische Kolonie Gabun 421 000 Francs, die englische Sierra Leone hat eine Einnahme von 66 000, die englische Kolonie Gambia von 27 000, die englische Goldküste von 105 000 Mtl. Zudem sind das Kolonien im eigentlichen Sinne des Wortes. Der Herr Reichskanzler hat uns aber versichert, daß wir solche Kolonien nicht anstreben, sondern, wie er sich ausdrückt, die materielle Entwicklung der Kolonien ebenso, wie sie entstanden, der Thätigkeit und dem Unternehmungsgeist der Handelstreibenden überlassen werden soll. Auf Grund dieser Erklärungen haben wir eine gewisse Geneigtheit für die Kolonialpolitik zu erkennen gegeben. Daraus wird es erklärlich, daß wir noch scharf danach fragen müssen, ob jene Reserven auch inne gehalten werden. Als Muster für die kolonialen Verhältnisse, wie er sie sich denke, führte der Herr Reichskanzler im Juni die Nordküste der Insel Borneo an. Neulich hat aber Herr Woermann ausgeführt, von einer Souverainität eines Kaufmanns könne in Kamerun keine Rede sein, da dort auch noch andere Kaufleute angedeutet seien. Wenn er eine Souverainität über Engländer ausüben wolle, so wäre das einfach lächerlich. Dann wäre aber doch ein Souverainitätsverhältnis, wie es sich der Reichskanzler denkt, unmöglich, denn überall wird ein Engländer in den Kolonien im Wege sein. Ein Handelsmonopol kann ja überhaupt Niemandem ertheilt werden, ohne Retorsionen anderer Staaten in ihren Kolonien gegen die Deutschen herbeizuführen. Die Kaufleute denken auch gar nicht daran, die Regierung selbst zu übernehmen. Die kaufmännischen Firmen in Kamerun wollen zukünftig die Kosten für Einrichtung des Gebietes übernehmen und dieselben durch Ausfuhrzölle decken. Diese müßten aber vor unserer Bewilligung fixirt werden. Man könnte ja die Baukosten vorläufige auf Last der Gebiete gewähren. Es sind doch nur wenige fürstliche Kaufhäuser, die den ganzen Vortheil in den drei westafrikanischen Kolonien haben, nur 6 Firmen. Eine Auswanderung in jene Fiebergegenden aber ist ja, wie die Herren selbst sagen, ganz ausgeschlossen. Herr Woermann behauptet, daß die Aufwendungen Deutschlands nicht bloß den Faktoreien in den Kolonien, sondern allen deutschen Faktoreien in ganz Westafrika zum Vortheil gereichen. Da nun die 6 Firmen in den deutschen Kolonien auch Faktoreien in ausländischen Kolonien Westafrikas haben, vielleicht dort den größten Theil ihres Geschäftes abwickeln, so ist ihr Vortheil aus ihrer durch den Schutz gehobenen Stellung um so größer. Ich glaube auch, man sollte mit der Heranziehung dieser Firmen nicht zu ängst-

lich sein. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ von Westafrika — in den Zahlen wird die Zeitung wohl die Wahrheit sagen (Heiterkeit) — versichert, daß er im deutschen Togo-gebiete in Lokale die Handelsbücher der kaufmännischen Firma selbst eingesehen habe. Der Export derselben betrage sich auf jährlich 720 bis 960 000 Mark. 2 pSt. Ausfuhrzoll würde also schon hinreichen, um die hier verlangten 18 000 Mark Gehälter für das Togo-gebiet zu decken. Der Abg. Woermann selbst hat Ausfuhrzölle vorgeschlagen. Aber mit Einfuhrzöllen würde man doch mehr Geld aufbringen können. Die Engländer und Franzosen, welche doch wissen, wie es gemacht wird, haben überall Einfuhrzölle auf Gewehre, Pulver, Tabak und Branntwein. Daß der Verkauf von Gewehren und Pulver seine zwei Seiten hat, haben wir ja eben erfahren. Wäre die Schießfertigkeit der Negern in Kamerun ebenso gut wie ihre Gewehre gewesen, so würden wir dort noch mehr Opfer zu bezahen gehabt haben. Dann sehe ich auch nicht ein, warum die Negern den Schanaps so wohlthun bekommen sollen. (Heiterkeit.) Ueber 20 Jahre haben in Kamerun Faktoreien bestanden; ebenso zwei Konsulatsstationen. Was letztere jenseitig haben, hat der Branntwein vielleicht wieder verdorben. Wie weit trotz langjähriger deutscher Anwesenheiten die Stämme noch in der Zivilisation zurück sind, zeigt, daß man den Negerkönigen ausdrücklich in dem Erwerbungsvertrag das Jugesandniß hat machen müssen, die Sklaverei gewissermaßen als deutsches Grundrecht für sie für die erste Zeit noch bestehen zu lassen, als Landes-gewohnheit, wie es in dem Vertrage heißt. Wir hier sollen allerlei Steuern erhöhen. Man würde das nicht begreifen, wenn es nicht gegeben sollte, damit die Negern und Hottentotten, statt zu jenen Kosten beizutragen, ihren Branntwein billiger kaufen. Abgegeben auch von der Finanzfrage, werden sich die Aufgaben des Reichs gegenüber diesen neuen Erwerbungen nur in dem Maße beschränken lassen, wie sich in diesen schon ein Stamm deutscher Ansiedler vorfindet. Es ist leidet nur in sehr geringem Maße der Fall. In Kamerun sollen nur 20 Deutsche wohnen. Ich glaube kaum, daß in Angra Beuena, in einem Gebiet mit der Längenausdehnung von 150 Meilen, selbst nur 20 Deutsche wohnen. Im neubritannischen Insel-archipel sind nur 18 Weiße, darunter 10 Deutsche, und in Neu-Guinea wohnt, soweit ich bisher erfahren konnte, überhaupt kein Deutscher. (Hört! hört!) Wenn man allerdings Tausende von Quadratmeilen erwirbt, in denen im Ganzen kaum 1000 Deutsche wohnen und außerdem die Auswanderung in jene Gegenden verlohnen ist, so ist die Fähigkeit dieser Kolonien, selbst es zu etwas zu bringen, sehr beschränkt. Daraus ziehe ich nur den Schluss, daß, wenn noch weitere Erwerbungen beabsichtigt werden, man in stärkerem Maße seine Aufmerksamkeit solchen Gebieten zuwenden möge, wo eine größere Anzahl Deutscher bereits angesiedelt ist. Andernfalls treibt man trotz aller guten Vorsätze und Versicherungen doch in das französische Kolonisations-system hinein, in Kolonialgründungen, die nur durch staatliche Aufwendungen, Anstellung von Beamten und Garnisonen einen gewissen Werth erhalten. Von einer solchen Kolonial-politik, haben meine Freunde im Juni und auch später erklärt, wollen wir nichts wissen. Unser Einverständnis haben wir nur so weit erklärt, als die Versicherungen des Reichskanzlers eine andere Art von Kolonialpolitik ankündigten. (Beifall.)

Kommissarius zum Bundesrath, Geheimer Legationsrath v. Ruffenow: Ich beschränke mich lediglich auf die Frage, ob dem Reich für seine neuen Kolonien über das Maß hinaus, welches dem Programm des Herrn Reichskanzlers entspricht, Kosten zugemutet werden. Diese Frage möchte ich verneinen und zwar aus dem einfachen Grunde, daß wenn diese — wie dies ja wohl nach den Bestrebungen anderer Personen nicht zweifelhaft sein kann — begehrenswürdigen Gebiete, in denen der deutsche Handel eine gewisse Bedeutung erhalten hat, in den Besitz anderer Nationen übergegangen wären, daß Reich die augenblicklich noch bestehende Lücke durch Ernennung von Konsularbeamten hätte ausfüllen müssen. Diese Konsularbeamten würden gerade so viel Kosten erfordert haben, als jetzt für die Anstellung von Beamten verlangt werden, welche unter einem anderen Titel dorthin gehen werden.

Abg. Woermann (nat.-lib.): Es handelt sich heute hier lediglich um die Aufbringung der Kosten für die notwendigsten Verwaltungsorgane. Der Abg. Richter meint nun, daß die Kosten für diese Einrichtung der Kolonien dem Handel überlassen werden sollen. Der Handel ist allerdings in der Lage, die Kosten zu tragen. Heute handelt es sich aber nur darum, wie überhaupt die Verhältnisse dort eingerichtet werden sollen; und gerade damit reguläre, ordentliche Zustände möglichst bald herbeigeführt werden können, bitte ich Sie, die geforderten Summen heute schon zu bewilligen und sie nicht erst einer Kommissionsberathung zu überweisen. Der Abgeordnete Richter hat nun von Selbstregierung gesprochen und gemeint, die Kaufleute würden wohl im Stande sein, die Verwaltung und Regierung selbst zu führen. Das ist etwas, was ich nicht in allen Fällen für möglich halte. In Kamerun, wo außer deutschen bereits sechs englische Firmen existiren, ist es unmöglich, weil man nicht in der Lage ist, diese zur Zahlung von Steuern und Abgaben heranzuziehen; wollten Sie das, so würden Sie immer den Schutz einer zivilisirten Regierung dabei nöthig haben. Wo aber die Abgaben nicht bloß von Deutschen, sondern auch von englischen Firmen bezahlt werden sollen, da ist die Einrichtung einer regulären Verwaltung nöthig. Die Verwaltungskosten werden auch nicht übermäßig groß werden, und der Handel wird sie zahlen können. Zunächst ist es aber am richtigsten, durch Exportzölle die Kosten zu decken, gerade deshalb, um die Anstellung eines großen Heeres von Beamten zu vermeiden. Wie der Export jetzt stattfindet, wo der Handel Tauschhandel ist, ist es das Einfachste, Exportzölle zu erheben, indem man die Waare nach Gewicht pro Zentner besteuert. Der Handel wird übrigens noch mehr als zwei Prozent, die auf die Dauer nicht genügen werden, zahlen können. Eingangszölle, zum Beispiel auf Schnaps, einzuführen, mag richtig sein, wenn der Tauschhandel einem Handel gegen Geld Platz gemacht hat. Dann wird natürlich das jetzt vorgeschlagene System, Exportzölle auf Produkte zu erheben, nicht mehr ganz durchführbar sein; dann wird es nöthig und möglich sein, Importzölle zu erheben, weil sich hoffentlich auch der Gesamt-handel, die Gesamtausfuhr und die Gesamteinfuhr bedeutend gehoben haben wird. Wenn den Eingebornen in der ersten Zeit von deutscher Seite die Viehwirtschaft verboten worden wäre, dann würden die Fälle von Krieg, Empörung u. s. w. in sehr viel schärferem Maße eintreten, und wenn man den Negern das Schnapsstrinken verbieten wollte, so würde man auf die Schwierigkeit stoßen, wo man die Grenze ziehen sollte. Wollten wir aber heute aus Philanthropie für die Negern den Schnapsverkehr nach Afrika verbieten, so würden wir einen günstigen Zweig des deutschen Export-handels bedeutend schädigen. Sollen wir also dem gegenüber aus reiner Liebe zu den Negern, die doch noch nicht so lange unsere Brüder sind (Heiterkeit), einen großen Geschäftszweig unterbinden? Der Schaden, der den Negern durch den Schnaps zugestigt wird, ist auch nicht so groß. Ich meine, daß es, wo man Zivilisation schaffen will, hier und da eines scharfen Reizmittels bedarf, und daß scharfe Reizmittel der Zivilisation wenig schaden. (Heiterkeit.) An sich sind aber die Handelskolonien keineswegs von so untergeordneter Bedeutung. Sie bringen allerdings nur den nächst interessirenden Personen Vortheil. Wenn Deutschland auf diesem Wege weiter vorwärts schreitet, so werden bei uns mehr Arbeiter beschäftigt werden können und wir werden weniger für neue Auswanderungsplätze zu sorgen haben als jetzt. Die Handelskolonien beschäftigen auch jetzt schon eine große Anzahl von Personen, etwa 250 bis 300,

an der Westküste Afrikas, und in 10 oder noch weniger Jahren wird der Handel nach Afrika sich verzehnfacht haben. Wenn also dann 3000—5000 Menschen dort Beschäftigung finden, wird Deutschland insofern einen großen Vortheil daraus ziehen, weil die dort beschäftigten Personen zum großen Theil die Ueberschuß der Bevölkerung darstellen. Nach Afrika gehen viele Techniker und Beamte, die alle eine gute Schulbildung genießen haben. Wenn diese Personen, die hier zu Tausenden nach Beschäftigung suchen, dort eine Beschäftigung finden, wird gereicht das wohl zum Segen von Deutschland. Wenn die Richter aber über die Möglichkeit der Anstellung der Negern selbst etwas gesagt hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß der Gouverneur und Generalkonsul in Kamerun zugleich als Generalkonsul für die ganze Westküste bestimmt ist. Es wird notwendig sein, daß derselbe ein Kanzler hat, welcher die juristischen Fälle beurtheilt und bespricht, und es wird auch notwendig sein, diesen beiden Personen einen Sekretär zu geben. Die Gehälter sind meiner Ansicht nach mit Rücksicht auf das ungünstige und schlechte Klima nicht zu hoch. (Hört! hört!) Sie rufen hört! hört! Ich möchte deshalb bemerken, daß gerade in Bezug auf diesen Punkt noch sehr viel übertrieben wird. Der Prozentsatz der Sterbefälle unter den Angestellten meiner Firma beträgt etwa 3 bis 4 Prozent. Wegen die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auch auf die Angestellten an der westafrikanischen Küste werden die betreffenden Kaufleute nur wenig einzuwenden haben. Die Zehntsumme der Kosten ist übrigens in keiner Weise höher als was für Konsularvertretungen an vielen anderen Plätzen verlangt und bewilligt ist. Ich erinnere nur an die Konsulatsstellen in China und an Gesandtschaften an Plätzen, wo der Handel Deutschlands weder jetzt noch in der Zukunft die Bedeutung haben wird wie der Handel Deutschlands an der westafrikanischen Küste. Ich bitte Sie deshalb, die Forderung schon jetzt der Kommission anzunehmen, damit desto eher geordnete Verhältnisse eintreten mögen, wie das auch Herr Richter wünscht, mit desto eher die Kaufleute zu einem Beitrag zu diesen Kosten herangezogen werden können. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Stolle (Sozialdemokrat): Die Kolonialpolitik über den für sie vom Reichskanzler anfänglich bezeichneten Rahmen bereits weit hinausgegangen. Für eine Kolonialpolitik nach englischem Muster, von der Herr Woermann sprach, können wir uns aber keineswegs erwärmen. Alle Reichstümer, die Deutschland durch seine Kolonien erwirbt, sollen lediglich den Arbeiter zu, während der englische Arbeiter auch nicht den geringsten Vortheil davon gehabt hat. Auch Frankreich hat in Togo und Tonkin ursprünglich nur in beschränktem Maße Kolonialpolitik treiben wollen, ist dann aber gleichwohl zu außerordentlichem Spieligen Expeditionen genöthigt und sogar zu einem großen Verluste mit China gedrängt worden. Auch im Einzelnen hat die Kolonialpolitik für uns Bedenken. Wir haben kein Material, um zu urtheilen zu können, ob die für die Kolonialbeamten vorgeschlagenen Gehälter den Verhältnissen entsprechen und ob diese nicht viel zu hoch sind. Am wenigsten können wir aber für ein Gefängniß in Kamerun gefordert 10 000 M. bewilligen. Wollen Sie denn Ihre große deutsche Kolonialpolitik mit der Errichtung von Gefängnissen anfangen? (Sehr richtig!) Nach welchen Gesetzen wollen Sie überhaupt Bestrafungen eintreten lassen? Wir sind dem ganzen Reich verantwortlich dafür, daß die von uns bewilligten Ausgaben nothwendig zweckmäßig sind. Deshalb ist zum Mindesten eine Kommissionsberathung dieses Nachtragsetats unbedingt erforderlich.

Kommissarius des Bundesraths, kaiserlicher Geheimer Legationsrath v. Ruffenow: Meine Herren! Ich erlaube mir, noch einmal das Wort zu nehmen, um gegen die Stellung des Herrn Vorredners Verwahrung einzulegen, ich zugesagt hätte, diese Vorlagen überfächeln bereit zu sein, von dem Herrn Reichskanzler hier verständigte Kolonialprogramm. Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich dem Herrn Vorredner noch auf die Bemerkung antworten, daß wir ja unsere Kolonialpolitik gleich mit einem Kriege hätten beginnen müssen. Er ist im Irrthum, wenn er glaubt, daß dem Reich die Vorkommnisse wie in Kamerun nicht bereits unserer Gesellschaft angehört, ehe wir an die Kolonialpolitik dachten. Ich laube mir, daran zu erinnern, daß wir in dem letzten Jahre schon zweimal in Westafrika und wiederholt in der Sahara der Lage gewesen sind, an Küsten, wo keine geordnete Verwaltungsgewalt bestand, oder auf Inseln, die ebenfalls ganz ähnliche Verhältnisse noch entbehren, und selbst zu unserem Rechte zu streifen zu müssen. Also in dieser Beziehung besteht gar kein Unterschied. Was das Gefängniß anlangt, so kann ich den Herrn Vorredner beruhigen, daß es sich hierbei hoffentlich nicht um Weiße handeln wird; aber die Vorgänge in Kamerun beweisen, daß man eines Gefängnisses dort nicht entbehren kann, um die Negern, welche sich derartige Exzesse erlauben überhaupt zu bestrafen; und Negergefängnisse giebt es ja nicht.

Abg. Richter: Ich habe mich keineswegs gegen die Interessen des Handelsstandes erklärt oder Handelskolonien speziell als etwas schlechtes bezeichnet. Im Gegentheil, ich der letzte, der den Werth des überseeischen Handels unterstreicht. Aber gegenwärtig handelt es sich um eine Uebertragung der Bedeutung der Handelskolonien in Westafrika, wenn man aus spricht, als ob von der Zukunft der dortigen Faktoreien Wohl und Wehe unserer gesammten Arbeiter abhängt. Woermann selbst meint, daß gegenwärtig an der ganzen Westküste, also einschließlich der nicht deutschen Kolonien, nur bis 350 Deutsche beschäftigt seien; in den deutschen Kolonien also wohl höchstens 100. Da ist es eine wunderbare Vorstellung, wenn man glaubt, diese Kolonien den ganzen Ueberschuß unserer Bevölkerung, sei es auch nur der gebildeten, aufnehmen zu können. Selbst wenn die Zahl wirklich in zehn Jahren von 350 auf 3500 steigen sollte, würde das noch nicht erheblich ins Gewicht fallen. Zunächst giebt es immer noch für die meisten Techniker und Beamten in Deutschland bessere Stellen, als gerade Westafrika; und was die Arbeiter betrifft, die dorthin gehen, so zeigen die Verträge, welche z. B. die belgische Arbeiterkommission abgeschlossen hat, daß für die Arbeiter in Westafrika Arbeiterverträge wohl am Plage und daß die Leute, die dort dauern sind, die so völlig in die Hände der Arbeitgeber gegeben sind. Drei bis vier Prozent dieser Personen sterben jährlich. Das ist allerdings ein sehr hohes Kontingent. Wie viele den Tod des Todes mitbringen, wenn sie zurückkehren, das ist nicht zu bezweifeln. Bezüglich der zivilisirten Wirkung des Branntweins sind anderer Meinung als Herr Woermann. Wenn man hat, daß der Branntwein in unserem kalten Klima bei Arbeit unentbehrlich sei, so trifft das doch für das Afrika nicht zu. Auch die Negern nicht dasjenige, was unsere Branntweinindustrie noch retten kann, zumal der dort verläuft wird, nicht zur feinsten Sorte gehört. Sie haben übrigens noch keine bestimmten Angaben über das halten, was dorthin exportirt wird. Pulver und Gewehre machen es nicht; auch der Hüttentramp hat auf die Dauer keine Wirkung. Nur in dem Maße, wie es gelingt wird, den Artikel dorthin auszuführen, die wirklich in jenen Gegenden dauernd bezahlt werden, wird jener Handel für die deutsche Bedeutung gewinnen können. Ich freue mich, daß die Erklärungen des Herrn Woermann hervorgeht, daß die ersten Kreise die Kosten, die in Frage kommen, ganz tragen werden. Herr Woermann meinte dann, daß die Aufgabe des Sozialpolitikers um so weniger ehrsüchtig sein, je mehr in den Kolonien bereits deutsche Bevölkerung vorhanden ist; und Herr Woermann sagt: „Wenn man nur solche Plätze

so muß man
Wenn ein
Sache nicht
lieber auf
halten, als
Abg.
lage in de
Abg.
Kolonien
weisen, so
so erwidert
Exports an
ben — die
und guten
waren in
Ich weiß
Frage hat
Ich versich
ber, wenn
nen. (Se
Die
aber nicht
tag 1 1
Wahlreit
14. S
Am 2
Eingeb
den Kom
Auf 1
trages v.
eines G
Wollt
Abg.
1867 bis
Herrn G
Schuldot
sehen be
Zeit seine
halb habe
Entwurf
grüßes B
jenen sch
kongress
beamten
daß die
Staatska
glauben
auch den
sprechen;
Beauftrag
mollende
Abg.
auf dem
blift man
anderen,
hören. A
hier ent
solchen P
doch das
rung über
spruch rie
aus Ihre
daß wieder
Schulch
keit, ra
Frankreid
während
wollen
nur zwei
punkte er
men wird
ten Pot
fall im B
Abg.
Freunde
aus dem
etwas üb
haus dar
langen;
die Bem
hüte, den
Beifall v
Abg.
wirklich
lich die
die Pers
Lind wer
ist, besser
heutigen
die Einf
und links
regangan
nicht für
hüßig de
Haber h
galoppir
ob unser
dieser G
die erhöh
die Antr
damit die
die Geme
ausbringe
so stark
die Verh
Trennung
recht), I
soll die
lösen. (S
ersten. C
bleibt, ha
sein. T
dem An
bessere A
blüßlich
Abg.
ratte de
die Lehr
und hat
aufgeho
stem C
der 4/1
(Sehr r
Wants
die Min
ihren A
können
daraus
desten y
nimum
dientig
Konkur
kommiss
Abg.

so muß man doch nicht unter allen Umständen Kolonien haben. Wenn ein Stamm deutscher Ansiedler nicht da ist, wenn die Sache nicht aus sich selbst herauswächst, dann verzichten wir lieber auf solche Kolonien, weil wir ihre Nachteile für größer halten, als ihre Vortheile. (Beifall links.)

Abg. v. Benda erklärt sich für die Beratung der Vorlage in der Budgetkommission.

Abg. Boermann: Wenn wir auf den Export von Kolonien bedacht sein sollen, wo etwas anderes als Spirituosen, Pulver, Gewehre und Tabak verkauft werden könne, so erwidere ich, daß heute schon über 50 pCt. des deutschen Exports aus dem Reich recht guten Manufakturwaaren bestehen — die Kammerer haben für Muster u. dergl. einen feinen und guten Beschnitt —, daß ferner Eisen- und Messingwaaren in ziemlichen Quantitäten dorthin ausgeführt werden. Ich weiß nicht recht, welches Interesse Herr Richter an der Frage hat, was meine Firma mit der Insel Nicol machen will. Ich verleihe ihm, daß sie billig zu verkaufen ist, ganz besonders, wenn Herr Richter darauf reflektieren sollte, dort zu wohnen. (Heiterkeit rechts, Au! links.)

Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen und die Sitzung sodann um 5 Uhr bis Donners- tag 1 Uhr vertagt. Tagesordnung: Rest der heutigen und Wahlprüfungen.

Abgeordnetenhause.

14. Sitzung vom 4. Februar 1885, 11 Uhr.

Am Ministerial- u. Gohler und Kommissarien. Eingegangen ist der Verwaltungsbericht der Staatsschuldenkommission für 1883/84.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrages v. Hedwig und Schmidt (Sagan) auf Annahme eines Gesetzentwurfs betr. die Pensionierung der Volksschullehrer.

Abg. Schmidt-Sagan (lonk.): Schon in den Jahren 1867 bis 1870 wurde vom Hause mehrfach ein Volksschullehrer-Pensionsgesetz verlangt, demnach hat man ein allgemeines Schuldotationsgesetz in Aussicht genommen; aber demselben sind bekanntlich solche Schwierigkeiten entgegen, daß die Zeit seines Zustandekommens noch nicht abzusehen ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, aus eigener Initiative einen Entwurf vorzulegen, der bis zum Erlaß des Schuldotationsgesetzes die dringendsten Nothstände beseitigen soll. Im Eingehenden schließt sich unser Antrag wesentlich dem Beamtenpensionsgesetz an, es sollen die Volksschullehrer den Subalternbeamten so weit wie möglich gleichgestellt werden. Dadurch, daß die Pensionen bis zur Höhe von 1200 Mark von der Staatskasse übernommen werden, wie wir dies verlangen, glauben wir den bisher vom Hause geäußerten Wünschen und den Intentionen der Staatsregierung am meisten zu entsprechen; auch gebührende Rücksicht auf die vorhandene starke Belastung der Gemeinden zu nehmen. Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Entwurfs. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Röln, Centr.): Es muß auch auf dem Gebiete der Pensionierung *justitia distributiva* herrschen; will man den Volksschullehrern, so muß man auch zahlreichen anderen, in ähnlicher Lage befindlichen Beamtenkategorien werden, in der Pensionierung *justitia distributiva* herrschen. Die daraus für die Staatskasse, also für die Steuerzahler entstehende Mehrbelastung ist außerordentlich groß. In solchen Fragen der Mehrbelastung der Staatsfinanzen sollte doch das Haus, allem Vordruck gemäß, den Vortritt der Regierung überlassen. Die Belastung des Steuerzahlers wird jedenfalls viel größer sein, als die Antragssteller meinen (Widerstand rechts). Wollen Sie (nach rechts) diese Mehrbelastung aus Ihren Mitteln tragen? (Heiterkeit.) Ich wünsche übrigens, daß wieder den Dendogenenschaften der Schulbrüder und Schulschweslern volle Wirksamkeit gestattet wird. (Heiterkeit rechts und links.) Selbst in dem antikerikalsten Frankreich und auch in England hat man ihnen die gleiche Anerkennung zu Theil werden lassen können. Ich verlange für die Diden kein Privileg, sondern nur Licht und Freiheit. Ich bitte, diese Gesichtspunkte ernstlich zu erwägen. Wenn uns hier entgegengekommen wird, so wird am wenigsten das Centrum sich der besseren Dotierung der Staats-Volksschullehrer widersetzen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (frei-lonk.): Meine Freunde sind wesentlich mit dem Antrag einverstanden. Die aus dem Antrag für den Etat entstehende Mehrbelastung wird etwas über 3 Millionen Mark betragen. Das Abgeordnetenhause darf sehr wohl da, wo es nöthig ist, Mehrausgaben verlangen; meine Partei wird in der Budgetkommission auch an die Vermehrung der Einnahmen denken. (Hört! hört!) Ich bitte, den Antrag an die Unterrichtskommission zu verweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Die Schwierigkeiten einer Verwirklichung des Antrages sind sehr groß. Wollen Sie wirklich die Pensionierung der Volksschullehrer aus der Lotterie? (Auf rechts: Geld ist Geld! Heiterkeit.) So wichtig ist die Pensionierung, so noch wichtiger ist die Besoldungsfrage. Und wenn Sie die Volksschullehrer, wie es wünschenswert ist, besser besolden wollen, dann ist die Koalition, die den heutigen Antrag unterstützt hat, gewiss auch schon einig über die Einführung des Tabakmonopols. (Widerstand rechts und links.) Sie sind heute leider aus Parteisichtweisen vorgegangen; aber gleichwohl nehmen Sie mit Unrecht die Priorität für sich in Anspruch; die Priorität in dieser Frage gehört dem Abg. Andrade und seiner Partei. (Sehr richtig!) Bisher haben wir etwas Derartiges noch nicht gehört. Wir galoppieren in immer neue Ausgaben hinein, ohne zu fragen, ob unsere schlesischen, pommerischen, hannoverschen Steuerzahler diesen Galopp mitmachen können. Nach dem Antrage sollen die erhöhten Pensionen aus der Staatskasse gezahlt werden, und die Antragsteller räumen es als einen Vorzug ihres Antrags, daß damit die Gemeinden entlastet werden. Das läugne ich; was die Gemeinden bisher bezahlten, werden nachher die Steuerzahler aufbringen (Widerstand rechts). Es freut mich, daß die Herren so stark reagieren, denn das zeigt mir, daß ich dem Willen auf die Herse trat (Große Heiterkeit). Der Antrag arbeitet der Trennung der Schule von der Gemeinde vor (Widerstand rechts), das ist die unausbleibliche Konsequenz — und man soll die Schule nicht von der Familie und der Gemeinde loslösen. (Auf rechts: Wollen wir auch nicht!) Das sind die letzten Regungen Ihres Gewissens (Heiterkeit), wer das Geld giebt, hat die Macht, und das würde in Zukunft der Staat sein. Trotz alledem wünsche ich, daß etwas Brauchbares aus dem Antrage herausläme; wir wollen bessere Besoldung und bessere Pensionierung der Lehrer, aber der Geldbeutel ist augenblicklich im Reiche und in Preußen recht knapp!

Abg. Kropatschek (lonk.): Agitatorisch ist der Charakter des Antrages nicht, am allerwenigsten darauf berechnet, die Lehrwelt für die bevorstehenden Wahlen zu agitieren; und hat nicht Herr Windthorst, dieser abgesetzte Feind aller aufstrebenden Agitation (Heiterkeit), nicht in wirklich agitatorischem Sinne von den Witzweibern gesprochen, welche die Konversion der 4 1/2 proz. Staatsanleihe dem Hungertode preisgeben würde? (Der Au! rechts.) Unser Antrag kommt keineswegs den Wünschen der Lehrer allzu konnivent entgegen; wir normiren die Minimalpension auf nur 450 Mark, während die Lehrer ihren Anspruch bis 750, ja bis 800 Mark erhoben haben! Wir können oder solchen Forderungen ihrer Unerfüllbarkeit wegen überhaupt nicht nachgeben; und auch bei 450 Mark haben in diesen die Lehrer keinen Grund zu klagen. Mit diesem Minimum werden unsere Lehrer gleichzeitig ebenso gut gestellt wie diejenigen in anderen deutschen Staaten mit günstigeren Pensionierungsverhältnissen. Ich bitte, den Antrag der Unterrichtskommission zu überweisen. Abg. v. Stabiewski erklärt sich mit der Tendenz des

Entwurfs einverstanden, die Pensionen müßte aber wenigstens zum Theil den Gemeinden verbleiben, damit die Lehrer nicht in völlige Abhängigkeit vom Staate gerathen.

Abg. Hänel (dtsch.-freis.): Daß der Antrag auf die Wahlen berechnet ist, liegt auf der Hand; weshalb hätte man es wohl sonst vermeiden, uns zur Mitunterzeichnung aufzufordern, uns, die wir diese Fragen von allem Anfang an in Fluß erhalten haben, uns, die wir zuerst ein umfassendes Unterrichts-gesetz zu Stande zu bringen hofften, ein Traum, der durch den Kulturkampf vernichtet worden ist, die wir in immer wiederholten Resolutionen zuletzt wenigstens ein Pensionsgesetz für die Lehrer verlangten! Jetzt kommen die Freikonserwativen, die jetzt führende Fraktion, und legen einen formulirten Gesetzentwurf mit derselben Tendenz vor. Die Schule soll der Gemeinde bleiben; denn kommunale Selbstverwaltung ohne verantwortliches Tragen der Lasten ist einfach Unsinn, dafür lieber gar keine Selbstverwaltung! (Sehr richtig! links und im Centrum.) Unter diesen Vorbehalten wünschen auch wir, daß der Antrag in Bälde Gesetz werde! (Beifall links.)

Abg. Ennecerus (nat.-lib.): Der Vorwurf, daß unser Vorgehen ein bloß auf die Wahlen berechnetes sei, ist derartig, daß man darüber nicht einmal recht in Entrüstung gerathen kann, haben doch gerade die Nationalliberalen und zuletzt noch Herr von Bennigsen auf diesem Gebiet wiederholt die Initiative ergriffen! Wir fordern die Regierung auf, sofort mit uns in die Arbeit einzutreten, und wir hoffen, daß diese Arbeit schon in dieser Session Frucht tragen, nicht bloße Anregung bleiben werde, die man nach den Wahlen vielleicht vergißt. (Beifall links.)

Abg. Richter: Prinzipiell wäre es gewiss richtiger, wenn die Regierung auf dem in Rede stehenden Gebiete nach den so vielfach aus dem Hause gekommenen Anregungen mit einem Gesetzentwurf an uns gekommen wäre; da dieses jedoch wohl nicht geschehen ist, und es sich um eine wirkliche Nothlage, um ein dringendes Bedürfnis handelt, so halte ich nummehr auch das Haus für legitimirt, die gesetzgeberische Initiative zu ergreifen. Ich hoffe mit den Antragstellern, daß es der Kommission gelingen möge, noch in dieser Session den entscheidenden Schritt zur endlichen Beseitigung dieser Nothlage mit der Regierung zu thun.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf auf Antrag des Abg. Schorlemer-Alt einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung des folgenden Antrags Laßen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen: Die Gesamtgröße der im Kreise Sonderburg, besonders in der Stadt Sonderburg, in Düffel und Umgegend im Jahre 1864 entstandenen, noch nicht bezahlten Kriegsschäden auf Grundlage des darüber in jener Zeit gesammelten Aktenmaterials zu ermitteln, dann auch die weiteren nothwendigen Schritte zu veranlassen, um die Ansprüche auf Ersatz aus Staatsmitteln zu befriedigen, welche den in Betracht kommenden Bewohnern, sei es auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder aus völkerrechtlichen und Billigkeitserwägungen zuzurechnen sind.

Nachdem der Antragsteller Abg. Vassen seinen Antrag begründet, beantragt Abg. Graf Baudissin den Uebergang zur Tagesordnung. Die Majorität entscheidet sich im Sinne des Antrages des Abg. Grafen Baudissin.

Hierauf legt das Haus die Etatsberatung fort. Das Extraordinarium des Etats des Ministeriums des Innern wird ohne erhebliche Debatte unverändert bewilligt.

Zum Extraordinarium des landwirthschaftlichen Etats hatten die Abgg. v. Kiffelmann u. Gen. einen Antrag eingebracht, der die Einstellung eines neuen Titels „zur Ausführung von Vorarbeiten zum Zwecke von Regulierungen im Ueberschwemmungsgebiete der unteren Oder, sowie zur veranschaulichen Vornahme umfassender Baggerungen 130 000 M.“ bezweckte.

Der Antrag ist von der Budgetkommission vorherathen worden; sie empfiehlt die Ablehnung desselben und die Annahme folgender Resolution:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, zur Ausführung von Vorarbeiten zum Zwecke von Regulierungen im Ueberschwemmungsgebiete der unteren Oder im Etat für 1886/87 Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Abg. v. Kiffelmann beklagt das Schicksal seines Antrages, ist aber sehr erfreut, daß die Kommission wenigstens die Resolution vorgebracht hat.

Nach unerheblicher weiterer Debatte werden die Kommissionsanträge genehmigt. Das Extraordinarium der Gestütverwaltung wird ohne Diskussion bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Dritte Beratung der Verstaatlichungs-Vorlagen, Sekundärbahn-Vorlage, Etat.)

Kommunales.

Die städtischen Werke. Will man einen vollen Ueberblick über die Finanzverhältnisse und die Finanzverwaltung Berlins gewinnen, so muß man auch die Etats der Werke mit ins Auge fassen. Da ergibt sich denn, daß die Einnahmen und Ausgaben der Werke einen recht großen Beitrag aufweisen und bis zu drei Fünfteln des Betrags der Einnahmen und Ausgaben des Stadthaushaltsetats ausmengen. Die Zahlen der Einnahme sind nämlich folgende. Einnahme: Gaswerke 13 608 300 M., Wasserwerke 4 647 340 M., Kanalkationswerke 8 932 590 M., Zentral-Biehof 1 688 600 M., Zentral-Schlachthof und Fleischschau 307 910 M. Es ergibt sich damit eine Gesamt-Einnahme von 29 738 240 M., von der 26 411 923 M. auf das Ordinarium, 3 326 317 M. (bei der Kanalkations-Verwaltung) kommen. Rechnet man hierzu die Endsumme der Einnahmen des Stadthaushalts-Etat, so ergeben sich (Ordinarium der Einnahme 45 633 478 M., Extraordinarium 5 340 720 M., zusammen 50 974 201 M.) im Ganzen als Endsumme aller Etats: Ordinarium 72 045 401 M., Extraordinarium 8 667 040 M., zusammen 80 712 441 M. Die Gesamt-Ausgabe stellt sich ebenfalls auf 80 712 441 M., wozu 10 538 486 M. im Extraordinarium. Mit dieser Endsumme geht der Etat der Stadt Berlin, obwohl noch nicht alle Etats, wie namentlich die Etats der Stiftungen und Institute, mitgerechnet sind, über die Etats recht bedeutender Staaten hinaus.

In Berlin bestehen z. B. noch immer 15 Grundstücke, welche die Freihausberechtigung, d. h. die Befreiung von den Realsteuern haben. Der Magistrat beabsichtigt jetzt diese Befreiung abzuschaffen und hat der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage gemacht.

Lokales.

a. Eine Studenten-Versammlung von circa 150 Personen, welche sich vor einigen Tagen in einem Restaurationssal in der Schwedterstraße mit Schläger-Mensuren besetzte, wurde doselbst von der Revierpolizei aufgehoben. Die Studenten bedienten sich hierbei geschlossener Schläger, auch waren die Köpfe der Paultanten nicht genügend geschützt. Der Name eines Paultanten, welcher aus mehreren Wunden stark blutete, sowie die zweier anderer Betheiligten wurden polizeilich fest-gestellt.

b. Das Auffpringen aus den Vorder-Perron der Pferdebahnen ist immerhin gefährlicher, als das von der Rückseite. Der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Tageblattes“, Hauptmann a. D. W. Grothe, trat, als er an

Dienstag am Hallischen Thor einen Pferdebahnwagen von der Vorderseite bestiegen wollte, fehl und brach den Fuß gerade über dem Knöchel.

a. Wegen des Raubmordversuchs gegen den Knaben Aderscast in der Ballisadenstraße ist gestern der vorgefeste von der Kriminalpolizei festgenommene Gürtler Zwiebler zur Untersuchungshaft nach Moabit gebracht. Zugleich mit ihm wurden dahin gebracht: die gleichfalls von der Kriminalpolizei festgenommene Braut des Zwiebler, unverehel. Vinke aus Friedrichsberg, und ein mit Zwiebler befreundeter gewesener „Arbeiter“ wegen Begünstigung resp. Hehlerei. Ein dritter Komplize des Zwiebler, welcher den Namen Lehmann führen soll, (dessen Verhaftung von einem hiesigen Platz gemeldet worden) ist von der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt worden. Das Bestattungsmaterial gegen Zwiebler hat sich seit gestern in Folge der weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei wesentlich vermehrt. Nicht nur der Knabe Aderscast, ein Hausdiener und ein Briefträger haben den Zwiebler relognoskirt, sondern auch eine gegenüber dem Thotort wohnende Schankwirthin hat den Zwiebler als diejenige Person wiedererkannt, welche am 28. v. M. früh gegen 6 Uhr in ihrem Lokal sich aufgehalten und, nachdem die Aderscast'schen Eheleute mit ihrem Fuhrwerk sich entfernt hatten, fortgegangen sei. Auch ist bei einem Ehepaar, mit welchem Zwiebler verkehrt hat, der Hammer gefunden worden, mit welchem er auf den Knaben geschlagen hat. Der Hammer ist von mittler Größe und wohl geeignet, einen 12jährigen Knaben mit wenigen Schlägen auf den Kopf zu tödten. Die geraubten 300 M. hat Zwiebler zum größten Theil in Gemeinschaft mit seiner Braut vergeblich gesucht und dieser auch für einen Theil des Geldes Brandrodensstücke gekauft. Auch erscheint es zweifellos, daß die Braut über den Ursprung des Geldes Kenntniß gehabt hat. Dagegen scheint die Mutter des Zwiebler in gar keiner Beziehung zu der That gestanden zu haben. Dieselbe hat übrigens, wie wir in Bezug auf unsere gestrige Notiz berichtigend bemerken, früher nicht in dem Hause der That, sondern in der Nähe dieses Hauses gewohnt.

g. Wahrscheinlich auf eine Veranbarung hatten es drei Individuen abgesehen, welche vorgestern am hellen Tage einen Rauscher der Moabitier Altkorn-Brauerei-Gesellschaft auf dem Wege von Spandau nach Charlottenburg in der Nähe von Gohlfors überfielen und ihn nicht lädel zurückließen. Die drei Personen hatten den Rauscher, welcher die Chauffee mit einem Brauereiwagen entlang gefahren kam, gefragt, ob sie nicht könnten die Fahrt auf dem Wagen mitmachen. Da dem Rauscher die drei Gefellen sofort verdächtig vorlamen, so schlug er das Gesuch rundweg ab und blieb auf die Pferde ein, um so bald als möglich aus dem Bereich der Wegelagerer zu kommen. In diesem Augenblicke aber war auch schon einer der drei Stroche den Pferden in die Zügel gefallen, wodurch der Wagen zum Stehen kam, während der zweite Stroh von hinten und der dritte von vorn aus auf den Wagen sprangen. Die beiden letzteren fielen nun über den Rauscher her und es entstand ein Ringen auf Tod und Leben, wobei sich der Bierkutscher, ein kräftiger, unerschrockener Mensch, nach Weibeskäften zur Wehre setzte. Es gelang ihm, einen der Stroche vom Wagen zu stoßen, während er den zweiten lampenfähig machte und ihn auf dem Wagen fesselte. Der dritte hatte sich aus dem Staube gemacht. Sodann konnte er die Fahrt ungehindert bis Charlottenburg fortsetzen, wo er den Vorfall zur Kenntniß der Polizeibehörde brachte und den gefesselten Stroh auslieferte. Der Rauscher hatte bei dem Ueberfall außer einer nicht unerheblichen Wunde am Kopfe und einem schweren, schmerzhaften Schlag am Arm einen Theil des rechten Daumens eingebüßt, welchen ihm einer der Wegelagerer abgebißen hatte. Der Rauscher ist jetzt dienstunfähig und seine Rundschaft wird durch einen Stellvertreter versorgt.

Vereine und Versammlungen.

b. Die schließlich polizeilich aufgelöste allgemeine öffentliche Generalversammlung der Metallarbeiter, welche die neue Lohnkommission zum Dienstag Abend in das Konzertlokal „Sandsouer“ einberufen hatte, war nur mäßig, von ca. 450 Theilnehmern, besucht, die gewissermaßen als der Stamm der betreffenden Organisation zu betrachten sind. Zur Leitung der Versammlung wurde Herr Neyband, der ehemalige Kassirer der Lohnkommission gewählt, welcher einige Monate durch Krankheit von der Theilnahme an der Bewegung abgehalten war. Zuerst erstattete, als Mitglied der in der vorletzten General-Versammlung (Mitte Januar) gewählten Spezial-Revisions-Kommission, Herr Spiller einen ausführlichen Bericht über die von der Kommission angestellten sorgfältigen Untersuchungen in Betreff der vor etwa 3 Wochen beim hiesigen Polizeipräsidenten unter fingirten Namen eingelassenen Denunziation, nach welcher, wie die zwei, Falsch E. Schubert und F. Karl unterzeichnenden, hier aber unaussprechbaren und unter diesen Namen ganz unbekanntem Denunzianten angaben, vierhundert Mark und einige kleinere Beträge vom Kassirer Neyband im Einverständnis mit der Lohnkommission nicht verrecknet, sondern zu unbekanntem Zwecke oder im eigenen Nutzen verwendet worden sein sollten. Referent Spiller erklärte und wies nach, daß die fragliche Verächtigung als jedes thatsächlichen Grundes entbehrend befunden wurde und lediglich als ein Ausfluß verächtlicher, vermutlich verlegten Eigeninteressen entpringender Denunziationen sich charakterisire. Nach dem Befunde der Spezial-Revisions-Kommission haben die früheren (bekanntlich polizeilich ausgewiesenen) Führer der Bewegung und Mitglieder der Kommission, die Herren Lide und Cunow, die betreffenden Beträge, wie die Originalquittungen ausweisen, zugeführt erhalten. Ebenso unbegründet war, wie Herr Spiller noch mittheilte, das von böswilliger Seite zum Zweck der Verächtigung in Umlauf gesetzte Gerücht, der ebenfalls ausgewiesene Kempner-Oberlich habe aus dem Generalfonds Unterstützungen erhalten. Nachdem hierauf die übrigen Mitglieder der Spezial-Revisionskommission die Angaben des Referenten als genau dem Befund entsprechend bestätigt und die an der darauffolgenden kurzen Diskussion sich betheiligenden Redner mit dem Bericht einverstanden sich erklärt hatten, ertheilte die Versammlung Herrn Neyband als vorzeitigem Kassirer Decharge und drachte, der Auforderung des Herrn Spiller gemäß auf beide unschuldig Verächtigte, die Herren Neyband und Rojan, demonstrative Hochrufe aus. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung theilte Herr Rojan mit, daß seit Neujahr in bisher bestrenommirten Fabriken zahlreiche Lohn-reduktionen von 10 bis 33 1/2 pCt. stattgefunden und daß man sich für das kommende Frühjahr auf neue Stürme und Kämpfe gefaßt zu machen habe. Unzweifelhaft sei hieran nur der Umstand schuld, daß den Fabrikanten die Schwächung, welche die Organisation der betreffenden Metallarbeiterertheilt, nichts weniger als unbekannt sein könnte. Es wäre daher für die Berliner Metallarbeiter die höchste Zeit, sich endlich wieder aufzuraffen und, wie früher, einmüthig zusammenzuscharen. (Stürmische Zustimmungsrufe und Beifall.) Anschließt einer eingelassenen Anfrage erstattete sodann Herr Neyband noch kurz Bericht über den bekannten Strike der Arbeiter in der Joseph'schen Gas- und Wasserarmaturenfabrik und Drechsler Julius Müller über die bekannte Strikeituation in der Steinnußknopfabrik. Abgemittelt wurde zur Veranstaltung von Sammlungen in den Werkstätten zu Gunsten der Strikenden aufgefordert und warm empfohlen, sich ihre Unterstützung recht angelegen sein zu lassen. In der Diskussion über diesen Gegenstand erfolgte noch um 12 Uhr die polizeiliche Auflösung auf Grund des Sozialistengesetzes, als Buchbinder Richelsen von der Nothwendigkeit sprach, der koalirten Kapitalmacht der Fabrikanten eine geschlossene Organisation der Arbeiter gegenüberzustellen.

Der Bezirksverein des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Wahlbezirk hielt am Dienstag, den 3. Februar,

in Golle's Lokal seine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über „Die Stellung der Arbeiterbezirksvereine gegenüber dem Arbeiterschutzgesetz“. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Engler, Guttsche und Steindorff, ersterer befürwortete einen achtstündigen Maximalarbeitslag, während Herr Guttsche die anwesenden Gäste bittet, sich dem Bezirksverein anzuschließen, um so zu zeigen, daß auch sie auf die vom Referenten angeführten Forderungen bestehen. Herr Steindorff verbreitete sich des Näheren über die Forderungen der Regelung der Buchdruckarbeit und des Submissionswesens. Schließlich gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute in Golle's Restaurant tagende Versammlung des Bezirksvereins des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Wahlbezirk“ spricht dem Referenten ihren Dank aus und erklärt sich mit dem von den Abgeordneten der Arbeiter eingebrachten Arbeiterschutzgesetzentwurf identisch, begt auch den Wunsch, daß dieser Entwurf zum Gesetz erhoben werden möge.“ — Unter Berücksichtigung der Bescheid auf die in Folge Verbotes einer Versammlung des Bezirksvereins (am 10. Dezember vor. Jahres mit der einfachen Tagesordnung: Vorstandswohl) eingereichte Beschwerde vom Minister v. Puttkamer eingegangen sei und das Verbot darin für gerechtfertigt erklärt werde. — Nach Kenntnisaufnahme von der Herausgabe eines „Hauswirthschaftlichen Rathgebers“ seitens des Herrn de Neve empfiehlt Herr Lübbecke den Vereinsmitgliedern, da der Bezug in größeren Partien sich billiger stellt, Bestellungen auf denselben bei dem Vereinskassier E. Franke, Linienstr. 9, zu machen. — Der Vorsitzende theilt dann noch den Vorstandsbeschluss, am Sonntag, den 8. Februar, eine Herrenpartie zu veranstalten (Treffpunkt: Dranienburger Thor, Morgens 8 Uhr) mit und bittet die Mitglieder, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen. Mit der ferneren Mittheilung, daß die nächste Vereinsversammlung am Mittwoch, den 18. Februar, ebenfalls bei Golle stattfindet und ein Vortrag über kommunale Angelegenheiten gehalten werden wird, schließt der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Eine öffentliche Tischlerversammlung, welche am Sonntag, den 1. Februar in Keller's Salon, Andreasstraße 21, tagte, hatte auf ihrer Tagesordnung die notwendige Durchführung der Minimal-Lohn-Tarife und deren Begner. Der Referent, Herr Gustav Ködel, führte aus, daß es durch Aufstellung solcher Tagesordnung den Anschein habe, als wäre eine große Anzahl Begner der Lohnsätze vorhanden. Dies sei aber nicht der Fall. Trotzdem müsse man aber die Begner, welche noch vorhanden sind, zu überzeugen suchen, daß die baldige Durchführung der Tarife zum Vortheil für jeden Tischler sei, denn es sei bei vielen noch eine falsche Auffassung über die Tarife vorhanden; viele Arbeitgeber, welche jetzt schon höhere Preise für ihre Arbeit zahlen, glauben sie wären berechtigt, jetzt Abzüge zu machen. Die Arbeiter müßten aber darauf stets Acht haben, daß sie sich das nicht gefallen lassen. Redner giebt dann einen Rückblick auf die vorjährige Bewegung und die dadurch erzielten Ertragsverluste. Zur richtigen Durchführung der Tarife sei es unbedingt nötig, daß sich alle Werkstätten der Bewegung anschließen, hauptsächlich diejenigen, die noch bedeutend unter dem Tarif arbeiten. Nachdem sich hierauf noch mehrere Redner in demselben Sinne ausgesprochen und von Herrn Ködel auf die Wichtigkeit der Einhaltung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit hingewiesen war, nahm die von circa 1500 Personen besuchte Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die heute in Keller's Lokal tagende Versammlung der Berliner Tischler beschließt, in Erwägung, daß die Durchführung der Minimallohn-Tarife nur dann möglich ist, wenn eine allgemeine Beteiligung aller Werkstätten eintritt, mit allen Kräften für die Bewegung einzutreten und in allen Branchen der Tischlerei für die Beteiligung aller Kollegen Sorge zu tragen. Die Versammelten verpflichten sich, in allen Werkstätten für die Wahl von Delegirten zu arbeiten und in jeder Woche ihre Beisteuer an den Unterstützungsfonds abzuführen.“ Hierauf wurde die Versammlung nach einem Schlusswort des Referenten und nachdem noch mehrere Vertrauensleute gewählt waren vom Vorsitzenden Herrn Künzel geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Bauarbeiter in Berlin tagte am Montag, den 2. d. M. in Keller's Lokal, Andreasstr. 21. Herr Hildebrandt hielt einen Vortrag über das Thema: Die Hauptaufgaben des Vereins in diesem Jahr. Derselbe wurde mit vielem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Herren in recht reger Weise. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 8. März d. J., Vormittags 10 Uhr im oberen Saal des Herrn Keller, Andreasstr. 21, statt.

Mitgliederversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands (E. H. R. 39). Sonntag, den 8. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33. Tag-Ordnung: 1. Besprechung über die Generalversammlung, welche am 23. April in Berlin stattfinden soll. 2. Wahl der Delegirten zu derselben. Quittungsbuch legitimirt.

Eine große öffentliche Versammlung der Drechsler, Knapenarbeiter und Berufsgenossen findet Donnerstag, den 5. Februar, Abends 8 Uhr, in der „Urania“, Wangelfstr. 9/10 statt mit der Tagesordnung: Der Strike in der Steinwirthschaft. Alle Berufsgenossen sind dazu dringend eingeladen. Gäste haben Zutritt.

Den Steindruckern Berlins und Deutschlands hiermit die Mittheilung, daß die Kollegen der Firma Friedberg und Silberstein sich genehmigt haben, die Arbeit in 14 Tagen einzustellen, in Folge einer Forderung, welche zu erfüllen wir uns außer Stande fühlen.

Nach der neuesten „Fabrik-Ordnung“ soll die Arbeitszeit im Winter von Morgens 8 bis Abends 7 Uhr stattfinden, dazwischen 1 1/2 Stunde Pause für Mittag und Vesper, und im Sommer von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr ebenfalls 1 1/2 Stunde Pause täglich, also mithin eine längere Arbeitszeit von täglich 1 1/2 Stunde, dagegen der Aufenthalt in der Fabrik sich um eine ganze Stunde verlängert, und trotzdem nicht einmal die Frühstückzeit gewährt wird. Außerdem soll noch in kürzester Zeit eine Lohnreduktion eintreten.

Kollegen! Wir glauben im Interesse der Gesamtheit zu handeln, wenn wir unter diesen Verhältnissen, welche ja ohnehin schon sehr trüber Natur sind, nicht weiter arbeiten, wenigstens gebietet uns das Pflichtgefühl, nicht nur unser Interesse, sondern auch das Eure zu wahren und bitten wir Euch daher, uns in dieser Ehrensache zur Seite zu stehen.

Kollegen! Laßt auch uns 8 einmal beweisen, daß wir einig sind und gewillt, für einander einzustehen. Dieses kann in erster Linie schon dadurch geschehen, daß kein Kollege in dieser Anstalt die Arbeit aufnimmt, was wir von einem jeden aufrichtigen Manne als selbstverständlich voraussetzen.

Ueber unsere weiteren Schritte werden wir in kürzester Zeit Nachricht bekommen und bitten wir auch dann Eurer Pflicht zu gedenken. Arbeiterfreundliche Blätter werden höflich gebeten, dieses möglichst zu verbreiten. Sämmtliche Kollegen der Luxus-Papierfabrik von Friedberg und Silberstein. J. A. Linjener, Sebastianstr. 39.

Gesangsverein „Norddeutsche Schleiße“. Jeden Donnerstag Abend von 9-11 Uhr Uebungsstunde im Louisenstädtischen Theater-Restaurant, Dresdenerstraße. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Von Herrn Joseph erhalten wir folgendes Schreiben: „Die vorgestellte Nummer Ihres geschätzten Blattes brachte wiederum einen Bericht über die Zustände in meiner Fabrik, der mich veranlaßt, nochmals an Ihre Güte appellieren und um Veröffentlichung folgender Zeilen zu bitten. Der Strike in meiner Fabrik ist thatsächlich beendet, (N) denn es sind sämtliche Stellen besetzt. Ob die neuen Arbeiter leistungsfähig sind, darüber steht denen ein Urtheil nicht zu, welche, abgesehen von einigen Ausnahmen, ihre jetzige Fertigkeit erst unter Leitung meiner Meister erlangt haben, am allerwenigsten aber denen, die es nur meiner Rücksicht zu verdanken haben, wenn sie wegen mangelhafter Leistungen nicht früher entlassen worden sind. Es ist natürlich, daß die neuen Kräfte im Anfang nicht so eingearbeitet waren wie die alten, heute sind sie es aber bereits und in kurzen werden sie die früheren übertreffen. Ich habe es stets für meine Pflicht gehalten, auch älteren oder durch Krankheit heruntergekommenen Leuten eine ihren Kräften entsprechende Beschäftigung und Gelegenheit zum Erwerb ihres Lebensunterhalts zu geben. — Wenn solche Arbeiter als „abgenutzt“ und verdrängt“ bezeichnet werden, so ist dies hart und charakteristisches Zeichen der Anstifter der Bewegung. Hochachtungsvoll Bernhard Joseph. Wir glauben kaum, daß die Sache so günstig liegt, wie sie von Herrn Joseph dargestellt wird, wir hielten und jedoch trotzdem für verpflichtet, obiges Schreiben zur Kenntniz der Streikenden zu bringen.“

Gemeinnütziges.

Einiges über Trunksucht. Trunksucht nennt man die Angewohnung an maßlosen Alkoholgenuß. Der Alkoholmißbrauch wirkt sehr schädlich auf Leber, Gehirn und Rückenmark, ferner auf Mund, Nachen und Nagen. Die Schleimhäute dieser 3 letzten Organe verfallen, in Folge des Reizes, den der Alkohol auf denselben ausübt, einem chronischen (bleibenden) Katarrh, in Folge dessen die Ernährung abnimmt und sein Katarrhzustand herunterkommt. Die Erweiterung der Gesichtsbloodadern, besonders an Nase und Wangen, machen das Lafter offenkundig, wenn es nicht schon durch die Abnahme der Intelligenz, der Arbeitslust und der Kräfte bekannt geworden ist. Die Behandlung der Trunksucht besteht in strenger Nuch, und wo diese nicht zu Hause durchgeführt werden kann, da thut man am besten, den Kranken — denn als solcher ist der Trunksüchtige anzusehen — in eine Heilanstalt zu geben. Die gegen Trunksucht in den Zeitungen empfohlenen Mittel sind sämmtlich — Dumborg.

Schutz der Lungen vor Krankheit. Jedermann wird wohl schon bekannt sein, ein wie wichtiges Organ die Lunge ist und daher hat man dieselbe mit Recht sorgfältig vor schädlichen Einwirkungen zu hüten, da gerade eine Nichtbeachtung

der Vorsicht hierbei sich durch ein unaufhaltbar langsam Tode führendes Uebel, der Lungenschwindsucht sich kraßt. Hier ist es nötig, daß man nicht nur unreine, schädliche, sondern auch gar zu heiße oder zu kalte Luft von der Lunge hält, beim Athmen vor dem zu raschen Wechsel warmer und kalter Luft schützt, bei stattgehabtem Athmen in warmer dann nicht durch den offenen Mund, sondern durch die Nase athmet, oder sich eines Tuchs oder eines Respirators bedient. Man darf den Blutzufluß zu den Lungen durch zu anhaltendes Turnen, Tanzen, Steigen u. s. w. steigern. Auch die Erkältung nach großer Erregung ruft nicht selten Lungenerkrankheiten hervor.

Der Zimmt und sein Nutzen in der Medizin. Zimmttrinde besitzt ein ätherisches Del und Gerbsäure, wodurch sie die Verdauung befördert, den Blutumsatz beschleunigt und gleichzeitig die Ausscheidung des Darmkanals beschleunigt, so fopend wirkt. Neben seiner Verwerthung als angenehmes Gewürz bei Bereitung von Speisen und Getränken wird der halb der Zimmt in Form einer Tinktur oder eines Del's Heilweden gebraucht. Hauptächlich wird die Tinktur gegen Gebärmutterblutungen, Leberschwäche, ferner gegen Euter-Rogenkrampf und Koliken angewendet; man giebt 20 bis 30 Tropfen mehrmals am Tage auf Zucker. Zimmtwasser ist Zimmttryppe mit man zur Verbesserung des Geschmacks deren Arzeneien zu. Statt der Zimmttinktur kann man auch von Zimmtöl Gebrauch machen; man giebt 1 bis 3 Tropfen auf Zucker.

Verfahren, um Stoffen die Farbe wieder zu geben. Man nimmt zu diesem Zwecke Salmiakgeist, den man in Hälfte mit Wasser mischt, und bestreicht damit wollene und seidene Stoffe, welche Flecken bekommen haben. Ist dies geschehen, nimmt man ein Stückchen Zeug von demselben Stoffe, so man schon in Bereitschaft halten muß, und reibt den betroffenen Fleck, bis er trocken ist, worauf die Farbe zurückgekehrt wird. Will man es aufplätten, so darf dies nicht sofort geschehen.

Die Salepwurzel und ihr großer Werth für Kinder. Kindern, die abgezehrt, schlecht genährt und durch Durst oder andere Ausleerungen erschöpft sind, giebt man Salep außerordentlichem Erfolge, um sie schnell wieder herzustellen und mit gesundem Biute anzufüllen, ohne daß nachtheilige Nebenwirkungen entstehen. Der Salep ist stark aber zugleich mildnährend und eignet sich daher vor Allem für den reifen Körper eines Kindes am besten. Es empfiehlt sich daher die Mutter, ihrem Kinde täglich einen Theelöffel sein gewaschen Salep unter die Milch, Fleischbrühe oder Suppe zu lassen, worauf zu achten ist, daß das Quantum Salep täglich mit einem Töfel Wasser zu einem Drei verüßt und es nun erst mit seiner Zuhut locken läßt.

Verfahren, um Risse an Radeln von Defen zu auszubessern. Wenn sich an den Radeln der Radelösen oder selbst lose Zugen eingestellt haben und so den Zusammenhang unterbrechen, so mache man aus reinem Blei und Wasser einen dicken Teig und verschmiere damit die Stelle mit einem Lappen nachwischen. Gleich darauf bestreue die Stelle mit Gips und wische mit einem Tuche hinterher.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. 11. Das ist kein Grund zum Ausschließen der Drucksache. Sie müssen sich bei dem Vorstand beschreiben. Das Andere wissen wir nicht.

H. G. 15 u. 20. Bei uns ist nichts eingegangen. Die Schuld trifft, wissen wir nicht, recherchieren Sie doch einmal.

D. G. Al. Markstraße. 1. Es heißt: Ich gratulire Ihnen. 2. Fragen, welche den Schriftlicher Herrn Krauß betreffen, beantworten wir prinzipiell nicht.

Ein Berliner Bürger-Rettungs-Verein existirt in Berlin, wohl aber ein Bürger-Rettungs-Verein am Gendarmenmarkt. Dasselbe verleiht Geld ohne Zinsen gegen monatliche Abzahlung an Bürger.

G. E. Straußbergerstr. 40. Wiederholen Sie uns Ihre Frage. Es ist uns nicht mehr erinnerlich. Dank!

Jenisch. Haben Sie noch ein paar Tage Geduld, wird Ihrem Wunsch Genüge geleistet werden.

H. B. Auerbach, Vogtland. Ob ein Fachverein Zeichner oder ein Verein für Musterzeichner besteht, wissen wir nicht, vielleicht giebt ein freundlicher Leser Auskunft. Uebrig hat wohl nur lokales Interesse.

Anna. Wir können uns weder verpflichten, auf jede Frage Auskunft zu geben, noch diese in ganz bestimmtem Raum zu erteilen. Auf Ihre Frage, „ob ein Brauer nicht auf ein gutes Fortkommen in Brasilien hat,“ kann ich haupt Niemand antworten. Dazu gehören mindestens „Wann“: 1) „Wenn er tüchtig ist.“ 2) „Wenn er Geld um ein Geschäft zu begründen“ und 3) „Wenn er Glück daß es einschlägt.“ Die übrigen „wenn“, die alle noch hätten, erlassen Sie uns wohl.

Ungehduld. Die Fragen werden alle der Reihe nach beantwortet. Nur in dringenden Fällen finden Ausnahmen.

Theater.

Königliches Oberhaus:
Heute: Don Juan.

Königliches Schauspielhaus:
Heute: Rabale und Liebe.

Deutsches Theater:
Heute: Der Weg zum Herzen.

Bellevalliance-Theater:
Heute: Hotel Blancmignon.

Haus Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:
Heute: Gasparone.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Gmsh.
Heute: Der Walzer-König.

Rekord-Theater:
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehestands-Invaliden. Hierauf: Die Schulkretterin.

Balhallen-Operetten-Theater:
Heute: Der Kellprediger.

Volkensstädtisches Theater:
Heute: Bankrott.

Ökond-Theater:
Heute: Im Lande der Freiheit.

Balmer-Theater:
Heute: Der Registrator auf Reisen.

Victoria-Theater:
Heute: Sulfurina.

Alhambra-Theater.
Heute: 300 000 Marl.

Ein gutes Piano, 20 Thlr., 3. verl. Dranienstr. 2, IV r. 237

Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Dranienstraße 178 v. 2. Etage,
Ede Walberstr. 228

Arbeitsmarkt.

Leberarbeiter auf gewaltete Sattlerstoffs, aber nur solche, finden dauernde Beschäftigung bei
H. Adam jr., Budowerstraße 7.

1 Stepperin auf Porte-tresors verlangt
239 H. Adam jr., Budowerstraße 7.

Zum Stengel- und Tabakschneiden
empfehlte sich
H. Gähling, Frankfurter Allee 166.

Allen Freunden und Gönnern, sowie einer geehrten Nachbarschaft empfehle mein
235
Del-, Licht- und Seifengeschäft,
sowie Bürsten, Besen und Geschirrhandlung, sämtliche Artikel zu den billigsten Preisen.
Karl Röhner,
25. Oppelnerstraße 25.

Arbeiter-Bezirksverein v. 15. u. 20.
Communal-Wahlbezirk. 234
Mitglieder-Versammlung
heute Abend 8 Uhr, im Lokale des Herrn Dito, Walberstraße 21. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. ph. Angerstein. Verschiedenes. Fragelasten. — Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Wir bitten die Herren Schneidermeister höflich um Empfangnahme der

Frühjahrs- und Sommer-Kollektion

Hochachtungsvoll
Jacobi u. Adam,
Spandauerstr. 49.

Sieben erschien:
Das Glend der Philosophie.
Antwort auf Broudhons „Philosophie des Glends“.
Von
Karl Marx.
Mit einem Vorwort von Friedrich Engels.
Preis Mark 3.50.
Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Die Nr. 13 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu beziehen.

en gros. Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail
FRITZ GOERCKI.
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake.
Echt Nordhäuser Raustabake.